Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1927

24.3.1927 (No. 82)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage Deutsche Jugendkraft, Illustr. Tiefdruckbeilage „Sterne u. Blumen". Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Adlerstr. 42. Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto: Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg. die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsw. Eintreibung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr

Nr. 82 (12 Seiten) **Karlsruhe, Donnerstag, den 24. März 1927** **65. Jahrgang**

In Kürze

Die Lage in Schanghai ist infolge der Ankunft der nationalistischen Truppen ruhiger geworden. Diese stellen die Ordnung wieder her.

•

Der britische und der französische Generalkonsul in Schanghai haben heute Vormittag mit dem Führer der Kantontruppen die Verbindung aufgenommen.

•

Auf der Landstraße zwischen Kudoba — Sackfisch stürzte ein Lastauto mit 70 Arbeitern in eine Schlucht. Bis jetzt konnten 7 Tote und 18 Schwerverletzte geborgen werden.

•

Landgerichtsdirektor Jürgens wurde für unschuldig erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung zugebilligt.

•

Im Reichstag wird die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Dr. Stresemann geht in längeren Ausführungen auf die an den Genfer Verhandlungen geübte Kritik ein.

Die Lage in Schanghai

London, 23. März. „Times" meldet aus Schanghai v. 22. März: Die Schießerei in dem chinesischen Stadtviertel hat aufgehört, aber es sind noch zahlreiche Kämpfe zu beobachten. Das Hauptquartier der Südtruppen erklärt, eine Meldung aus Hankau erhalten zu haben, wonach Außenminister Tschen und die Mitglieder der Regierung und des Politischn Büros nach Schanghai unterwegs sind. —

Eine offizielle britische Meldung über die heutigen Ereignisse besagt u. a.: Ungefähr 10 000 Mann Nordtruppen wurden nachmittags von 3 000 Kantonesen überrumpelt. Die Nordsoldaten flüchteten auf die Grenze der internationalen Niederlassung zu, die an dieser Stelle von einer Gruppe britischer Infanteristen besetzt war. Die Nordtruppen drangen in die Niederlassung ein und feuerten von hinten auf die britischen Soldaten und auf die anrückenden Kantonesen. Draufhin antworteten die britischen Soldaten mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, bis die Eindringlinge die Waffen streckten. Der Rest der Nordtruppen, ungefähr 1200 Mann, flüchteten in den von Japanern gehaltenen Stadtteil. Sie wurden interniert.

Der Korrespondent der „Westminster Gazette" in Schanghai meldet: Die 35 russischen Weißgardisten, die die Besatzung des Panzerzuges „Große Mauer" bildeten, haben sich nach erbittertem Widerstand ergeben. Ueber ihr Schicksal wird von dem provisorischen Zentralkomitee entschieden werden.

*

Berliner Zusammenkunft englischer und russischer Gewerkschaftsvertreter

London, 23. März. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses beschloß auf einer gestern abgehaltenen Sitzung, eine gemeinsame Zusammenkunft mit Vertretern des Allrussischen Gewerkschaftsrates auf den 29. März nach Berlin einzuberufen, auf der außer den gegenseitigen Beziehungen das Verhältnis zwischen Moskau und Amsterdam und die augenblickliche Lage der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der Wirtschaftsoffensive des Kapitalismus erörtert werden soll.

*

Eine erfreuliche polnische Erklärung

Kattowitz, 23. März. Die „Polinia" spricht laut „D. Allg. Ztg." ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Warschauer General Romer, der offizielle Vertreter Pilsudskis, bei der Feier in Kattowitz bei einem Frühstück, nachdem er die militärische Bedeutung Oberschlesiens im Kriegsfalle hervorgehoben hatte, unglücklicherweise in Gegenwart der ausländischer Pressevertreter bemerkte: **„Zu täuschen brauchen wir uns nicht, dieser Krieg kommt!"** Diese Ankündigung aus diesem Munde habe allgemeine Bestürzung hervorgerufen. Die polnische Regierung beabsichtige nicht, Krieg zu führen, und das polnische Volk ersehne nichts mehr als den Frieden und friedliches Einvernehmen mit den Nachbarvölkern. General Romer sei ein Beweis dafür, wie gefährlich die Umgebung Pilsudskis sei, und ferner auch dafür, daß Politik zu treiben nicht zu den Aufgaben des Militärs gehöre.

*

Eine sensationelle Wendung in der albanischen Frage

Als die faszistische Presse unerwartet mit den Vorwürfen an die Adresse Südslaviens, daß dieses Einfälle in albanisches Gebiet plane, vor die öffentliche Meinung Europas trat, stellten sich politisch Geschulte in den europäischen Hauptstädten die Frage, was Italien eigentlich beabsichtige? Heute ist die Frage beantwortet: Italien will zunächst keinen Krieg mit Südslavien, es will nur völlig freie Hand in Albanien haben, und es will, wie aus zensurfreier, aber durchaus verlässiger Quelle verlautet, sein Kolonialmandat über Albanien aufrichten. Das würde aber nach der gleichen Quelle bedeuten, daß Mussolini aus gewissen Gründen den heutigen Machthaber Albaniens, den Muhammedaner Zugo, nicht mehr mit dem gleichen Wohlwollen betrachtet wie bisher und daß infolgedessen auch der albanisch-italienische Vertrag bald zu den „Papierfetzen" gehören wird. Mussolini ist ein Mensch mit rascher Gesinnungswandlung. Da ihm bedeutet wurde, die albanischen Christen seien über die Tatsache der Beschützung Zogus erzürnt, sucht er nun den Ausweg aus dem Dilemma, indem er Zogu fallen läßt. Die ewigen innerpolitischen Kämpfe in Albanien machen das kleine Land als selbständigen Staat unmöglich, sodaß eine geordnete, strenge Verwaltung nach Ansicht weiter Kreise Italiens den Uebergang zu der autonomen Verwaltung erst ermöglichen muß. Schon im Jahre 1921 war von italienischer Seite ein Kolonialmandat des Völkerbundes über Albanien beansprucht worden. Zogu würde dann überflüssig. Die Christen in Albanien würden sich diesem Verwaltungssystem eher fügen als dem Terror Zogus, und wenn die Muhammedaner sich nicht fügen wollten, wären die italienischen Truppen imstande, sie zur Vernunft zu bringen. Mit der wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Erschließung des Landes würden die Voraussetzungen für die Bruderkämpfe dieser Nation mehr und mehr aufhören. Wie man hört, herrscht auch in Paris in diplomatischen Kreisen keine andere Meinung als die, mit Albanien das Experiment eines Völkerbundstaates mit Italien als Mandatar zu machen. Anscheinend drehen sich die intensiven Verhandlungen in den Kanzleien der Großmächte um dieses Ziel. Im Hintergrunde steht noch eine Erleichterung der ganzen internationalen Situation durch die „Beschäftigung Italiens mit einem Kolonialunternehmen", das gewiß nicht zu den leichtesten gehört.

*

Dankbesuch des albanesischen Gesandten bei Mussolini

Rom, 23. März. Die Agenzia Stefani teilt mit: Der albanische Gesandte in Rom übermittelte gestern im Auftrage seiner Regierung dem Ministerpräsidenten Mussolini den Dank für die politische Unterstützung, die die italienische Regierung Albanien zuteil werden ließ.

*

Die jugoslawische Ansicht über die Lage

Belgrad, 23. März. Von zuständiger Seite wurde in den Abendstunden erklärt, man betrachte die durch die italienische Zirkularnote geschaffene Lage mit Optimismus. Man glaube, daß weder eine Völkerbundsintervention noch die in der Erklärung des Ministers des Aeußern vorgeschlagene internationale Untersuchung zur Beilegung des Konflikts notwendig sein würden.

Südslawien — Italien

Ein europäisches Problem

Von

Dr. Otto Färber

Die Erstarrung und Festlegung der neuen italienisch-südslawischen Grenzen erfolgte nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie wesentlich auf den Halt-Linien der vorrückenden italienischen Truppen. Die gemeinsame Siegesstimmung und die Unkonsolidiertheit des jungen serbo-kroato-slowenischen Staates ließen damals in der Grenzführung viele Punkte ethnographischer Art unberücksichtigt, wodurch für die Folgezeit genügend Stoff zu Auseinandersetzungen gegeben war, die bisher unter einem europäischen Gesichtspunkt zurückgestellt blieben.

Indes muß bei den südslawisch-italienischen Reibungspunkten klar unterschieden werden zwischen dem slowenischen Problem und dem adriatischen.

Das erstere ist im wesentlichen ein Minderheitenporblem zuungunsten der katholischen Slowenen, die nach slowenischen Angaben in mehr als ½ Million auf neuitalienischem Boden (Görz-Istrien-Fiume) wohnen und eine sehr rührige Irredenta bilden.

Das andere Problem ist ein macht- und wirtschaftspolitisches und in der Frage der Beherrschung der Adria beschlossen. Nach einigen Kämpfen, von den wir z. Zt. unserer größten innerpolitischen Not wenig hörten, verlor Italien die Hoffnung, Dalmatien zu halten. Heute ist nur noch Zara dem jugoslawischen Machteinfluß entzogen und — was es schmerzlicher empfindet — Albanien. Im übrigen aber ist das schmale zerklüftete Küstenland Dalmatiens mit seinen vielen ausbaufähigen Hafenplätzen und Schlupfwinkeln slawisches Gebiet und mit Stolz schaut der Belgrader von den Dinarischen Alpen auf die blaue Adria, die er gerne ebenso als slawisches Meer anspricht wie sich der Italiener mit römischen ererbten Gefühlen dieses Meer nur als mare romanum vorzustellen imstande ist. Hier müssen Gegensätze entstehen! Der Italiener, der heute das starke Bewußtsein einer ungeahnten völkischen Wiedergeburt und machtstaatliches Hochgefühl vereint, kann auch der tatsächlichen ethnographischen Situation insofern nicht Rechnung tragen, als er in seiner ganzen Denkart die ruhmreiche venezianische Geschichte mit in die gesamtitalienische einstellt und zunächst vor Augen hat, daß das dalmatinische Küstenland vorwiegend italienische Kultur aufweist und italienische Sprache und italienischer Handelseinfluß bis vor kurzem dominierten. Das wird aber rasch anders. Südslawien hat zahlenmäßig das erdrückende Uebergewicht und ist fest entschlossen, die Küste zum serbo-kroatischen Bollwerk auszubauen. Seit drei Jahren ist eine der vorgesehenen Bahnlinien (über Knin) von Agram nach Salonae—Spalato—(Split!) im Betrieb. Die direkte Linie Belgrad—Adria wird bald folgen.

Kulturell rückt das Slawentum unter Führung der katholischen Kroaten, die ihre Kraftquellen in Illyrien sehen, zur ausschließlichen Macht vor.

Mit dieser Tatsache muß Italien rechnen, ob es will oder nicht.

Daraus erklärt sich nun der hohe Wert, den Rom auf Albanien legt. Dieses kleine Land ist ethnographisch eine Bresche im Slawentum. Es wird von einem Splitter der Balkan-Urbevölkerung mit starkem lateinischem Einschlag auch in der Sprache bewohnt. Durch Verträge mit der anerkannten Regierung Ahmed Zogus hat sich Mussolini wertvolle Rechte gesichert, die im wesentlichen unter Aufrechterhaltung der staatlichen Selbständigkeit Albaniens strategische und finanzielle Vorteile ausmachen.

Südslawien hat keine Möglichkeit gegen diese Stellung Italiens anders beizukommen als durch Beeinträchtigung der inneralbanischen Ruhe. Das ist allerdings bei der in Stämme und Konfessionen gespaltenen albanischen Bevölkerung naheliegend und leichtgemacht. Denn außer den Malisoren und Miriditen kann man noch eine Menge von Unterteilungen unterscheiden, während außer Katholiken und Schismatikern noch die große Anzahl Mohammedaner als Erbstück der Türkenherrschaft zu berücksichtigen ist.

Die Hetze gegen die italienische Bevormundung hat in Skutari ihren Hauptsitz, wo ein nicht geringer slawischer Einfluß mitspielt.

Italien hat durch diplomatisches Vorgehen Südslawien gewarnt und es ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß weitere Förderung der albanischen Unruhen schärfste

Die Berliner Presse zur außenpolitischen Reichstagsrede

Berlin, 23. März. Die „Deutsche Tageszeitung" faßte das Ergebnis der gestrigen außenpolitischen Aussprache im Reichstag in die Worte zusammen: Außenminister und Parteien waren sich ebenso einig darüber, daß Deutschland ein großes Interesse an der Erhaltung des Friedens habe, wie daß ein Hervortreten aus der für uns natürlichen Reserve jedoch untunlich und gefährlich sei.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nennt die Ausführungen Stresemanns ein unzweideutliches Friedensbekenntnis und eine Absage an alle etwaigen Versuche, uns in das eine oder andere Lager hinüberzuziehen. —

In der „Täglichen Rundschau" heißt es: Die außenpolitische Aussprache im Reichstag kann jetzt mit der wichtigen Front — nämlich nach außen — vor sich gehen. Sie ist nicht mehr ein großes innerpolitisches Ereignis, sondern sie ist eine parlamentarische Aktion, die sich nach außenpolitischen Gesichtspunkten richtet. —

Die „Germania" sagt: Ganz allmählich rücken wir in einer den anderen Mächten gleichberechtigten Stellung auf. — Ebenso wie der „Lokalanzeiger" verlangt auch das „Berliner Tageblatt" eine weitere Aufklärung über Genf. —

Die „Vossische Zeitung" betont, die Anerkennung der außenpolitischen Grundsätze hat sich kräftig durchgesetzt. —

Der „Vorwärts" unterstreicht den Satz Stresemanns: „Es ist für uns eine Tatsache, daß das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands sich völlig deckt.

Die Frage der Rückkehr des früheren Kaisers

In einer der letzten Reichstagsdebatten beschäftigte sich der Zentrumsabgeordnete Wegmann u. a. mit der Frage einer Rückkehr des früheren Kaisers. Er wandte sich gegen den Sozialdemokraten Sollmann, der gesagt hatte, die Rückkehr des früheren Kaisers sei nicht möglich, weil sie gegen die Staatsmoral verstoßen würde. Er sehe nicht recht ein, was das mit der Staatsmoral zu tun habe. Wegmann sagte weiter: „Wir meinen, daß durch eine eventuelle Rückkehr des früheren Kaisers die republikanische Staatsform nicht erschüttert werden würde; wir meinen aber auch, daß eine Rückkehr des früheren Kaisers von erheblicher politischer, auch außenpolitischer Bedeutung sein kann. Wir möchten glauben und wünschen, daß die Ratgeber des Kaisers die politische Einsicht und den politischen Takt besitzen, um dem deutschen Volke, die schwere Unruhe zu ersparen, die ein konkreter Plan der Rückkehr voraussichtlich mit sich bringen würde."

*

Zubilligung einer Entschädigung für Landgerichtsdirektor Jürgens

Berlin, 23. März. Das Schwurgericht beim Landgericht III hat dem Antrag Dr. Werthauers, des Verteidigers des Landgerichtsdirektors Jürgens, stattgeben und Jürgens für unschuldig erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung zugebilligt. Es ist bisher noch nicht bekannt, wie hoch die Summe ist, die Jürgens fordern will. —

Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, will Jürgens nach seinen bisherigen Aeußerungen auf jeden Fall weiter im Richterstand bleiben.

italienische Maßnahmen zur Folge haben wird.

Südslawien wird natürlich wie immer erklären, es sei völlig unschuldig und könne nichts dafür, wenn in Albanien einige Flinten zugleich losgehen. Mussolini aber weiß so gut wie jeder Politiker, um was es geht! Es geht gegen die Machtlücke, welche das Südslawentum in Albanien und seiner Küste aufweist und beklagt.

Solange Pasitsch mit seiner „Weltkriegstradition" lebte, gingen die Belgrader vorsichtiger vor. Heute läßt man die Zügel lockerer und bemüht sich nicht, die Dinge völlig zu verschleiern. Die Regierung Südslawiens spielt mit dem Feuer und wittert anscheinend weltpolitische Möglichkeiten, um ganz entgegen der Völkerbundsidee Großmachtpläne zur Reife zu bringen.

Daß in einem etwaigen Konflikt das Schicksal Südslawiens als eines einheitlichen Staates aufs Spiel gesetzt würde, scheint vielfach in Belgrad verkannt zu werden. Man glaubt an die Macht und das Recht des jugendkräftigen Volkstums und vergißt völlig — wie ehedem Rußland — daß man zuerst Pflichten im Innern hat und daß es gilt, kulturelle und europäische Ideen hochzuhalten, ehe man sich in Kämpfe mit dem westlichen Nachbar stürzt.

Vergesse man nicht, daß in Belgrad das Serbentum regiert und daß dieses trotz des scheinbaren Gewichtes der abendländisch orientierten Kroaten und Slowenen (wenigstens was den prozentualen Anteil an Bevölkerung und Zivilisation betrifft) mit seinen Anschauungen und Bestrebungen sich durchsetzen möchte, Anlehnung suchend wo nur möglich.

Entgegen der pessimistischen Anschauungen die in der Presse vielfach zum Ausdruck kommt, hoffen wir aber, daß der Termin zu der slawisch-italienischen Auseinandersetzung noch nicht gekommen ist. Denn auf Frankreich kann ein antieuropäischer Plan sich heute noch nicht stützen und Südslawien würde für seine Machtpläne nur bei einem Staate Hilfe finden, dem es heute noch nicht nahe genug steht, der aber ohne Zweifel s. Zt. auch die allslawische Tendenz mit seinen gegen ein organisches Europa gerichteten Plänen zu verknüpfen wissen wird: Rußland. Dieser Staat ist und bleibt das Mene tekel für Europa und Italien hat durch seine Ratifizierung des Abkommens mit Rumänien einen dicken Strich zwischen sich und dem Schein-Sowjetstaat gezogen. Perspektiven, Wetterleuchten! Möge Europa sich besinnen.

Das Kompromiß in der Arbeitszeitfrage

Berlin, 23. März. Das gestern im Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien zustande gekommene Kompromiß in der Frage der notgesetzlichen Regelung der Arbeitszeit bewegt sich laut „Tägliche Rundschau" auf dem Boden des Vorschlages, den der Abg. Thiele gemacht hat. Es wird in Paragraph 2 eine Bestimmung aufgenommen, die die Leistung von Mehrarbeit gestattet, wenn die Unterbrechung der Arbeit beträchtliche Nachteile im Gefolge haben würde. Weiter ist in Paragraph 12 die Regelung der Saisonarbeit geregelt worden und zwar in dem Sinne, daß in den wichtigen Arbeitszweigen, in denen die achtstündige Arbeitszeit während eines Teiles des Jahres nicht erreicht wird, in anderen Jahreszeiten, in denen besondere Anforderungen gestellt werden, die Arbeitszeit überschritten werden kann. Die einzelnen Bestimmungen sollen dem Reichsarbeitsminister überlassen werden. Auf der anderen Seite wird die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, daß für jede Mehrarbeit ein Lohnzuschlag bewilligt werden muß. Man wird es den vertragschließenden Parteien überlassen, in welcher Höhe der Zuschlag festgesetzt wird. Wird keine tarifliche oder sonstige vertragliche Abmachung erzielt, so soll ein angemessener Zuschlag in Kraft treten. Als solcher gilt ein Zuschlag von 25 Prozent des Arbeitslohnes. Das Kompromiß wird voraussichtlich nicht von den Parteien in Form eines Antrages im Reichstag eingebracht werden, vielmehr wird beabsichtigt, daß die Regierung die Bestimmungen des Kompromisses übernimmt und danach den Regierungsentwurf abändert. Der Reichsrat wird dann am Mittwoch oder Donnerstag den Entwurf voraussichtlich in der abgeänderten Form verabschieden, so daß das Gesetz in der neuen Form an den Reichstag gehen wird.

Die Reichsregierung ist mit den Aenderungen des Arbeitszeitnotgesetzes einverstanden.

Berlin, 23. März. Das Reichskabinett beriet heute erneut die Frage des Notgesetzes über die Regelung der Arbeitszeit. Es erklärte sich einstimmig mit den von den Regierungsparteien vorgenommenen Aenderungen einverstanden, die eine Ergänzung im Sinne der Reichsregierung darstellen und verfügte die sofortige Weiterleitung der Beschlüsse an den Reichsrat.

von Meinel †

München, 23. März. Der frühere bayerische Handelsminister, Exz. v. Meinel, der erst vor einigen Wochen von seinem Amte zurückgetreten war, ist heute im Alter von 62 Jahren gestorben.

Stresemann antwortet im Reichstag

Berlin, 23. März. Funkspruch. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Zunächst beschwert sich Abg. Gräfe (Völk.) über den Beschluß des Aeltestenrates, sämtlichen Fraktionslosen insgesamt die Redezeit einer Fraktion zuzubilligen.

Vizepräsident Esser schlägt vor, daß einstweilen Völkische, Nationalsozialisten und Linkskommunisten je eine halbe Stunde Redezeit erhalten. Damit ist Abg. v. Gräfe einverstanden.

Abg. Dr. Haas (Dem.) klagt die Regierung an, daß sie in Genf sowohl in der Saarfrage wie in der oberschlesischen Schulfrage auf einwandfreie deutsche Ansprüche verzichtet habe, und das Zugeständnis eines militärischen Bahnschutzes an der Saar scheint uns auch für die Zukunft außerordentlich bedenklich zu sein. Für Deutschland wie für Frankreich ist die Verständigung so sehr eine Lebensnotwendigkeit, daß eine glückliche Entwickelung dieser Bestrebungen nicht hätte leiden müssen unter einer stärkeren Betonung des deutschen Rechtsstandpunktes.

Abg. Dr. Bredt (W. Vgg.) erklärt: Die größte bisherige Oppositionspartei, die Deutschnationalen, sind lahmgelegt und die Sozialdemokraten haben die Fortsetzung ihrer eigenen Außenpolitik vor sich. Wirklich zufrieden ist keiner mit dem Ergebnis von Genf. Aber dennoch besteht fast eine Einheitsfront für den Außenminister, denn die sogenannte nationale Opposition der Deutschnationalen hat aufgehört. Die jetzige Außenpolitik ist zwangsläufig geworden.

Abg. Emminger (B. Vpt.): Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Monaten nicht unwesentlich verschlechtert. Es ist aber ein Unsinn, wenn man den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung dafür verantwortlich machen will. Strengste Neutralität ist geboten bei dem italienisch-jugoslavischen Gegensatz. (Beifall.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

geht hierauf auf die an den Genfer Verhandlungen geübte Kritik ein: Die kommunistische „Rote Fahne" behauptet, es beständen Vereinbarungen zwischen Chamberlain, Mussolini und Stresemann gegen Rußland. Es liegt nicht im Interesse unserer Beziehungen zu Sowjetrußland, daß derartig falsche Behauptungen immer wiederholt werden. Man sagt, wir hätten uns lieber im Völkerbundsrat überstimmen lassen sollen. Es gibt ungeschriebene Gesetze in der Politik, die von größter psychologischer Bedeutung sind. Im Völkerbundsrat war es bisher Tradition, daß nicht nach Nationen abgestimmt, sondern immer eine Einigung gesucht wurde. Es wäre vielleicht sehr bedenklich gewesen, diese Tradition zu verletzen in dem Augenblick, wo zum ersten Mal der deutsche Außenminister den Vorsitz führte. Wenn mein Dank an den Präsidenten der Saarregierung kritisiert worden ist, so weise ich jedoch darauf hin, daß dieser Präsident durchaus objektiv die deutschen Interessen gewürdigt und in der Bahnschutzfrage gemeinsam mit den Deutschen vorgegangen ist. Wir haben in Genf nicht alles erreicht, was wir wollten; aber wir hätten nicht einmal soviel erreicht, wenn wir nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen wären. (Beifall.) In der oberschlesischen Frage ist ausdrücklich festgelegt, daß durch die Kompromißlösung in keiner Weise der deutsche Rechtsanspruch angetastet ist. Unsere eigenen deutschen Volksgenossen in Polnisch-Oberschlesien sind in ihren Forderungen an den Völkerbund nicht soweit gegangen wie die deutschen Vertreter in Genf. Dr. Stresemann beschäftigte sich dann mit der Rede des Deutschnationalen Dr. Spahn, der ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den einzelnen Mitgliedern des Kabinetts gefordert habe. Wenn Sie glauben, daß man für internationale Verhandlungen feststehende und starre Verhaltungsmaßregeln geben kann, so irren Sie. (Zustimmung.) Das Vertrauensverhältnis zwischen Außenminister und Kabinett ist an und für sich etwas Selbstverständliches. Die Verantwortung für die Führung solcher Verhandlungen, bei denen die Entscheidung in Stunden wechselt, ist überhaupt mehr als man einer einzelnen Person zumuten kann. Im übrigen, so ruft der Minister ziemlich erregt, ist der Vertreter eines Landes natürlich keine Grammophonplatte, die nur eine bestimmte Melodie wiedergibt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Keine Rede kann davon sein, daß Deutschland deshalb in der polnischen Frage nachgegeben habe, weil es schon an die westliche Politik gegen Rußland gebunden sei. Die Ausführungen des Abg. Dr. Bredt über die Wirkungslosigkeit von Thoiry könnten unsere Situation sehr schädigen. Wir wollen doch festhalten an dem, was damals der Führer der französischen Außenpolitik für möglich und durchführbar hielt. In einem amtlichen Kommunique wurde damals dargelegt, daß die beiden Außenminister in Thoiry sich einig geworden seien über eine Gesamtleistung, die noch der Zustimmung der Gesamtkabinette bedürfte. Es bestand kein Zweifel darüber, daß die Basis für eine deutsch-französische Verständigung die Rheinlandräumung sein mußte. Von dem weitgehenden Optimismus des französischen Außenministers vom September sind wir zurückgekommen; aber wir sind doch überzeugt, daß Diejenigen schließlich sich durchsetzen werden, die aus Locarno mehr als einen bloßen Rheinpakt machen, die aber auch die europäische Verständigung der Basis der deutsch-französischen Verständigung erreichen wollen. Es bedeutet nicht eine Verschiebung der deutschen Demarche ad calendas graecas, wenn ich Sie bat, uns den Zeitpunkt dafür bestimmen zu lassen. — Zur Abrüstungsfrage muß ich sagen: Locarno wäre ein Unsinn, wenn man sich als Friedensfüster bekennt, aber rings um Deutschland Bajonette häuft. Auch die Dawes-Politik wäre ohne eine allgemeine Abrüstung auf die Dauer kaum denkbar. Es kommt für die Stärkung der deutschen Position weniger darauf an, welche Parteien in der Regierung sitzen, als darauf, daß Regierung und Opposition sich in deutschen Lebensfragen einig sind. (Beifall.)

Das Haus nimmt nunmehr die Abstimmungen über den Haushalt des Innern vor.

Die von den Kommunisten beantragte Streichung des Ministergehalts wird abgelehnt, ebenso gegen Sozialdemokraten und Kommunisten von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen Minister v. Keudell.

Zu dieser Abstimmung erklärte Abg. Erkelenz (Dem.), daß seine Fraktion gegen den Antrag stimme, weil erst vor kurzem die Regierung das Vertrauen ausgesprochen erhalten habe, weil sich inzwischen die polit. Verhältnisse nicht geändert hätten. -- Auch eine große Zahl kommunist. Abänderungsanträge zum Etat werden abgelehnt, darunter auch der Antrag auf Erhöhung der Studentenwirtschaftshilfe von 3 auf 5 Millionen Mark. — Dazu erklärte Abg. Schreiber (Ztr.), die Regierungsparteien behielten sich einen Antrag zugunsten der Studenten bei der dritten Lesung vor.

Der Haushalt selbst wird in der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Form angenommen.

Darauf wird die Aussprache über den Haushalt des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.): Nach Art. 15 des deutschen Beamtengesetzes dürfen Beamte Geschenke und Belohnungen nur mit Billigung der Vorgesetzten annehmen. Ich frage, ob das Reichskabinett die Annahme des Nobelpreises gebilligt hat?

Abg. v. Gröfe (Völk.) erklärt, der große Aufwand des Auswärtigen Amtes an Geld und Beamten stehe in keinem Verhältnis zu den Leistungen. Ich frage den Außenminister: Wollen Sie dem französischen Außenminister sagen, daß Art. 16 ein Durchmarschrecht durch Deutschland nicht gewährt.

Damit schließt die Aussprache.

Der Antrag der Völkischen auf Streichung des Ministergehalts wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Vor der Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsaußenminister erklärt Abg. Breitscheid (Soz.), die Sozialdemokraten würden sich der Stimme enthalten. Sie hegten kein Mißtrauen gegen den Minister, würden aber die Verantwortung für die Regierungspolitik den Regierungsparteien überlassen.

Der Mißtrauensantrag wird gegen die Kommunisten und Völkischen abgelehnt.

Der Etat wird nach den Ausschußvorschlägen bewilligt.

Es folgt die 2. Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch geht auf die Pläne zum Ausbau der deutschen Wasserstraßen ein. Es ist verkehrt, hier die Agitation mit dem Schlagwort zu führen: „Hie Eisenbahn, hie Kanal". Im vorliegenden Etat werden Mittel angefordert, um die Bauwürdigkeit des Hansa-Kanals und des Aachen-Rhein-Kanals zu unterstützen. Der Minister schildert dann den Stand der Arbeiten beim Ausbau der kleineren Kanalsysteme. Er geht dann auf das Kraftfahrwesen ein. Die Arbeiten zur Neugestaltung der Kraftfahrzeugsteuer würde in Angriff genommen werden. Zum Luftverkehr erklärte der Minister, daß momentan an einer Verbindung zwischen Europa und Ostindien gearbeitet würde. Im Eisenbahnwesen werde die Regierung ihren Einfluß auf die Gesellschaft so umfassend gestalten, wie es mit den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes vereinbar sei.

Um 6¾ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen mittag 1 Uhr.

Die Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem vormaligen Königshaus

Berlin, 23. März. Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird aus dem Preußischen Finanzministerium geschrieben:

Die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses hat durch das Gesetz vom 29. Oktober v. J. ihre Bestätigung gefunden. Die Beschlagnahmebekanntmachungen vom 13. und 30. November 1918 werden nach Paragraph 12 des genannten Gesetzes mit Wirkung vom ersten April 1927 aufgehoben; in Ansehung des Vermögens der Nebenlinien des vormals regierenden Königshauses sind sie bereits mit dem ersten November v. J. außer Kraft getreten. Die dem Finanzminister durch Paragraph 1 Abs. 2 der Verordnung vom 30. November 1918 übertragene Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens des vormals regierenden Königshauses findet also mit dem 31. März d. J. ihr Ende. Die Verwaltung der dem Staat verbleibenden Vermögensteile ist mit Wirkung vom 1. April 1927 ab den jeweils sachlich zuständigen Fachministern übertragen worden. Im Zusammenhang hiermit wird die Preußische Krongutsverwaltung, die seit dem ersten April 1923 die beschlagnahmten Schlösser, Gärten, Wohngrundstücke und Kapitalien verwaltet hat, mit dem 31. März 1927 aufgelöst. Die Bearbeitung der Angelegenheiten der dem Staate verbleibenden Schlösser und Gärten — mit Ausnahme einzelner, den Regierungen zur Verwaltung bereits übertragener — übernimmt vom 1. April 1927 an die dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellte „Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten (Berlin C 2, Schloß)", Gärten (Berlin C 2, Schloß)" erledigen wird.

*

Handelspolitischer Ausschuß des Reichstages

Berlin, 23. März. Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurden am Dienstag der demokratische Antrag aus Subvention der Futtermittelzölle und der sozialdemokratische Antrag auf Subvention der Roggenzölle abgelehnt.

Schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Schutzpolizei

Berlin, 23. März. Gestern Abend veranstaltete der Rote Frontkämpferbund in Berlin mehrere Kundgebungen wegen der blutigen Zusammenstöße auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost. Bei An- und Abmarsch der Demonstranten kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen mit der Schutzpolizei. In der Berliner Straße in Charlottenburg mußte die Polizei von den Gummiknüppeln und vom Seitengewehr und auch von der Schußwaffe Gebrauch machen. Mehrere Personen erlitten dabei schwere Verletzungen. Die Polizei nahm hier über 20 Festnahmen vor. Auch die Bismarckstraße und die angrenzenden Straßen mußten von der Polizei unter Waffengebrauch gesäubert werden. Bei diesen Zusammenstößen soll auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Thälmann durch einen Säbelhieb über den Kopf verletzt worden sein. Im Südosten am Heinrichsplatz und im Osten in der Frankfurter Allee kamen die Demonstranten gleichfalls mit Polizeimannschaften ins Handgemenge, wobei es mehrere Verletzte und nach der „Roten Fahne" sogar einen Toten unter den Demonstranten gab.

Zu den gestrigen Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten, die sich in verschiedenen Stadtteilen Großberlins abspielten, werden noch folgende

Einzelheiten

gemeldet:

Nach einer Versammlung der Kommunisten auf der Weberwiese, an der sich ungefähr 400 Personen beteiligten, wurden Polizeibeamte von demonstrierenden Kommunisten tätlich angegriffen und so schwer bedrängt, daß sie von ihrer Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Allem Anschein nach sind vier Kommunisten verletzt worden. Ihre Feststellung konnte aber nicht erfolgen. In der Wilmersdorferstraße versuchten die Kommunisten, einen Autobus zu stürmen. Ein Polizeibeamter wurde niedergeschlagen und erlitt schwere Kopfverletzungen. Pistole und Gummiknüppel wurden ihm entrissen. Auch in der Suarezstraße wurde ein Polizeibeamter zu Boden geschlagen und seiner Pistole und des Gummiknüppels beraubt. Ferner wurden in der Suarezstraße zwei Passanten von Kommunisten überfallen. Sie erlitten schwere Verletzungen.

Zu einer besonders tumultuarischen Szene kam es in der Bismarckstraße. Mehrere Polizisten, die bedrängt, mit Eisenstücken geschlagen und mit Steinen beworfen. Ein besonders stark bedrängter Polizeibeamte gab vier Schüsse ab.

Um Mitternacht kam es in Spandau zu einer Schlägerei zwischen Nationalisten und Kommunisten, in deren Verlauf acht Nationalisten festgenommen wurden.

*

Schweres Autounglück

Sieben Arbeiter getötet u. 18 schwerverletzt.

Kudoba, 23. März. Ein Lastauto, das 70 Arbeiter nach Hause von der Arbeitsstätte beförderte, stürzte heute früh auf der Chaussee zwischen Kudoba-Sackisch-Gellenau in eine Schlucht und begrub sämtliche Insassen unter sich. Bis zur Stunde konnten sieben Tote und 18 Schwerverletzte geborgen werden. Das Unglück ereignete sich in einer scharfen steigenden Kurve. Aus bisher ungeklärter Ursache riß die Kette des Lastautos. Der Wagen raste mit unheimlicher Geschwindigkeit rückwärts bergab, knickte an einer Brücke das Geländer um und stürzte von der Brücke herab in die Schlucht.

*

Der Gießener Fememordprozeß

Gießen, 23. März. Unter starkem Andrang des Publikums begann heute vormittag vor dem Schwurgericht der Fememordprozeß gegen den Chauffeur Schwing, den früheren Leutnant von Salomon und dem früheren Oberleutnant und ehemaligen Redakteur des „Stahlhelms" Friedrich Wilhelm Heinz. Die Anklage lautet gegen Schwing und von Salomon auf Mordversuch, gegen Heinz auf Beihilfe. Der Mordversuch ist, der Anklage zufolge, in der Nacht zum 5. Mai 1921 in Bad Nauheim an dem Oberleutnant a. D. Wagner begangen worden.

Die Besetzung des Landesversicherungsamtes

Die Oberregierungsräte Karl Stehberger und Wilh. Pfisterer im Ministerium d. J. wurden zu ständigen Mitgliedern des Landesversicherungsamtes und Oberregierungsrat Otto Schoch im gleichen Ministerium zum stellv. Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt, sowie Oberlandesgerichtsrat Dr. Gustav Jolly für die Dauer seines Hauptamts zum richterlichen Mitglied und Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto Weipert für die Dauer seines Hauptamtes zum stellver. richterlichen Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

*

Zur Arbeitszeit und Gehaltsbewegung der Eisenbahner

Karlsruhe, 23. März. Eine stark besuchte Versammlung der Karlsruher Ortsgruppe des „Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands" stellte sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung geschlossen hinter die Forderungen auf Wiedereinführung des Achtstundentages und allgemein ausreichende Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Wie Freiburg sich um den Bischofssitz bewarb

Von Stadtarchivar Dr. Friedrich Hefele

IV.

Bei der Mittagstafel traf es sich, daß Deputierte von Rastatt und Ettlingen daran teilnahmen, die, dem Beispiel der Freiburger folgend am selben Vormittag ihre Glückwünsche dargebracht hatten. Unter den Rastatter Deputierten saß der Ministerialrat Brunner, der „alles aufgeboten, ja sogar zu Unwahrheiten seine Zuflucht genommen", damit der Bischofssitz nicht nach Freiburg, sondern nach Rastatt verlegt werden möchte. Während des Essens erwiderte er dem Stadtdirektor Schnitzler auf dessen Befragen, ob er gewöhnlich hier speise: „Nein, sondern nur, wenn meine lieben Rastatter hier anwesend sind." Dann sagte er im Gespräch vom Klima, die Freiburger Luft behage den Karlsruhern nicht, sie sei ihnen zu rauh. Schon aus diesen wenigen Worten ging sein böser Wille und seine Gehässigkeit hervor. Nach Tisch besuchte General von Lingg die Deputation und sprach sehr heftig gegen den geistlichen Rat Brunner.

Am 3. Januar um 9 Uhr erschien ein Leibjäger des Großherzogs, der den Stadtpfarrer Boll zur Mittagstafel einlud, was man für eine besondere Auszeichnung ansah. Dementsprechend wurde Boll auch vom Großherzog behandelt. Sie unterhielten sich in einem Seitenfenster mehr als eine halbe Stunde lang über die Bistumsfrage, wobei Boll dem Großherzog die Vorzüge auseinandersetzte, die Freiburg hinsichtlich seiner Lage und Hilfsquellen für den bischöflichen Sitz darbot. Der Großherzog erklärte sich „mit vieler Bestimmtheit" für Freiburg als Bischofssitz und bediente sich des Ausdrucks, in Freiburg seien schon die Handwerkszeuge vorhanden, die man für den Bischof brauche; in Rastatt sei nichts dergleichen, ja nicht einmal ein Hauus für den Bischof, indem der Großherzog das Schloß nicht hergebe. Der Landesbischof müsse in gutem Einvernehmen mit dem Papst stehen. Daher tauge Herr von Wessenberg nicht.[1] Zwei Bischöfe aber, nämlich einen, der mit dem Papst gut stehe, und einen andern, bei dem dies nicht zutreffe, brauche das Land nicht. Deshalb habe er [an den Bischof (?) . . . .[2]] vor vierzehn Tagen geschrieben; wenn er den Ruf annehme, so sei er ihm der Liebste.

Am Nachmittag des 3. Januar hörte man von dem Oberpostdirektor Freiherrn von Fahnenberg, der ebenfalls an der großherzoglichen Tafel mitgespeist hatte und hernach der Freiburger Deputation seine Visite machte, noch Interessantes über die Bistumsangelegenheit. Der Großherzog sei für Freiburg gestimmt. Wenn die Deputation nach Hause komme, solle sie sogleich eine Vorstellung wegen des Bischofssitzes an den Großherzog verfassen, sie werde ohne Zweifel reüssieren. Die Sache habe besonders deshalb Eile, weil Freiherr von Türkheim als großherzoglicher Bevollmächtigter bald nach Rom abgehen werde, um mit dem Papst das Konkordat abzuschließen. Ministerialrat Reinhardt, eine Brunnersche Kreatur, dürfe nicht nach Rom. Brunner und Sensburg[3] seien für Rastatt und es scheine, daß Sensburg den Staatsrat Fischer bearbeitet habe. Allein der Großherzog habe sich bestimmt gegen Rastatt erklärt. Wenn man nur zeigen könne, daß oberhalb Freiburg bis an die Murg herab mehr katholische Pfarreien seien als unterhalb der Murg, daß also Freiburg gleichsam mehr im Mittelpunkt der katholischen Pfarreien liege als Rastatt wenn man ferner das Finanzielle gehörig und augenscheinlich durchführe, was nicht schwer sei, da man die Präsenz- und Münsterfonds verwenden könne, so müsse Freiburg obsiegen, indem kein anderer Ort diese Vorzüge besitze und man den Bischofssitz nicht mehr in Meersburg oder Konstanz belassen wolle, weil diese Orte ganz am oberen Ende des Großherzogtums liegen.

Tags darauf, am 4. Januar, hatte Stadtdirektor Schnetzler wegen seiner Dienst- und Besoldungsverhältnisse eine Privataudienz beim Großherzog, wobei dieser abermals seine gnädigsten Gesinnungen für Freiburg äußerte. Nachmittags machte Stadtpfarrer Boll bei den geistlichen Räten seine Visiten. „Er wurde von allen wohl empfangen und vernahm von ihnen das unumwundene Geständnis, daß die Verlegung des bischöflichen Sitzes nach Freiburg wie ausgemacht angesehen werden könne, weil der Großherzog auf Sparsamkeit denke und in Freiburg wegen dem Bischof die wenigsten Auslagen gemacht werden dürfen." Bei ihren Gegenvisiten wiederholten die geistlichen Räte diese Aeußerungen mit dem Beifügen, daß Ministerialrat Brunner immerdar gegen Freiburg sei, und weil er bei der Katholischen Kirchensektion keinen Anhang gefunden habe er die Sache dergestalt einzuleiten gewußt daß ein eigenes Komitee eingesetzt wurde, dem außer ihm lauter Protestanten angehörten. Das Komitee habe nun seine Pläne bloß auf Rastatt gerichtet. „Dieser Brunner" habe das Aussehen eines liederlichen französischen Abbé und werde von vielen ansehnlichen Leuten ein „Schurke" geheißen.[4] Die Deputation unterließ es daher, ihm einen Besuch abzustatten. Stadtpfarrer Boll unterrichtete vor allem den für Freiburg ganz eingenommenen Ministerialrat Häberlin, der diese Offenheit damit erwiderte, daß er Boll die Akten mitteilte, die notwendig waren zur neuen Vorstellung an den Großherzog in der Bistumsfrage.

Die Deputation kehrte, nachdem sie ihre sonstigen Aufträge ausgeführt hatte, am 7. Januar nach Freiburg zurück und erstattete am folgenden Tage dem Magistrat Bericht. Man war voll Vertrauen zum neuen Großherzog, ließ dem Stadtdirektor und Stadtpfarrer für ihre Bemühungen durch eine Kommission mündlich danken und beauftragte den Stadtrat Weiß als bisherigen Referenten, bis zum nächsten Ratstag die neue Vorstellung an den Großherzog wegen des Bischofssitzes abzufassen.

Die von Weiß bereits am 14. Januar entworfene, am 22. abgeschickte Vorstellung begann mit schwulstigen Worten des Dankes für die gnädige Aufnahme der Deputation und mit dem Ausdruck des „kindlichen Vertrauens", wie es einst von dem „weißen unvergeßlichen Fürsten" Karl Friedrich, dem Vater des Großherzogs, in den Freiburgern erregt worden sei. Aus diesem Vertrauen heraus erneuerte man die Bitte um Verleihung des Bischofssitzes. Freiburg, nun die Hauptstadt des Breisgaues und oberen Teiles des Großherzogtums, die erste[5] von dem großen Fürstenhaus der Zähringer gegründete, erbaute und dotierte Stadt, liege nahezu in der Mitte der katholischen Pfarreien, die den bischöflichen Sitz eigentlich zu bestimmen hätten, indem 391 Pfarreien ober und 336 unter Freiburg liegend angenommen werden könnten. Freiburg und der Breisgau hätten immer zum Bistum Konstanz gehört, sodaß die Verlegung des Bischofssitzes nach Freiburg keine Veränderung des Bistums wäre. Die Stadt habe einen Tempel, den jeder Kenner bewundere, den nur die hochsinnigen Herzoge von Zähringen in solcher Größe und Würde erbauen konnten[6], wie ihn ähnlich der mächtigste Fürst jetzt nicht zu erbauen vermöchte. Diese Kirche bleibe immer ein unnachahmliches Denkmal der Geschichte der Herzoge v. Zähringen; es scheine, als hätten ihre Erbauer sie schon bei ihrer Gründung zur Kathedralkirche bestimmt, und als habe der große Lenker der Dinge dem Großherzog vorbehalten, zu vollenden, was seine Ahnen gewollt, und Großes dem Großen nach Jahrhunderten anzureihen. Schon seien an dieser Kirche, die mit allem für eine Kathedrale Erforderlichen eingerichtet sei, 10 gestiftete Benefizien vorhanden, die nach höchster Zusicherung als örtliche Anstalt nicht hinwegzuziehen (!) und bei Eingehung der Klöster unentbehrlich seien; sie müßten besetzt werden, könnten aber dennoch mit großer Ersparung zugleich zur Bildung des bischöfl. Personals verwendet werden. Bringe man dazu in Erwägung, daß noch viele herrschaftliche, von aufgehobenen Klöstern oder herrührende Gebäude in und nahe bei der Stadt teils zur Wohnung des Bischofs und seiner Angestellten, teils zu einem Priesterhaus oder Seminarium leicht verwendet werden könnten, ferner, daß die theologische Lehranstalt an der hohen Schule zugleich für das Seminarium benutzbar sei, so würden auch dadurch große Kosten gespart werden. Falls Freiburg das sehnlichst erwünschte Glück habe, den Großherzog „in höchster Person tiefest verehren zu können", so werde er selbst aus eigener Beurteilung ihre Kirche zur neuen Kathedralkirche bestimmen, wenigstens ihre Bitte nicht ohne Grund verwerfen.

[1]) Diese Stelle über Wessenberg machte Wolfinger unleserlich, ich konnte sie aber dennoch entziffern.

[2]) Gleichfalls durchstrichene, nicht mehr ganz zu entziffernde Stelle.

[3]) Ernst Philipp Freiherr von Sensburg war seit 1817 Direktor im Ministerium des Innern.

[4]) Im übrigen wird Brunner in den badischen Biographien als ein um Staat und Kirche verdienter Mann geschildert.

[5]) Trifft nicht ganz zu, da Villingen als ältere Zähringer-Gründung angesprochen wird.

[6]) Hier und im folgenden, wie auch früher, übertreibt Weiß sehr stark, da ja nur der romanische Teil des Münsters in die Zeit der Herzoge von Zähringen zurückreicht.

Katholiken!

Werbet für Eure Presse!

Baden

Eine eigenartige Rolle

spielt zur Zeit in der badischen Schulpolitik der auf liberalem Boden stehende Bad. Lehrerverein. In der „Köln. Volksztg." Nr. 210 finden wir in einem Artikel „Schulpolitisches in Baden" eine Zusammenstellung der Aktionen des Vereins gegen die Ausführung des im letzten Jahr geschaffenen Lehrerbildungsgesetzes. Da heißt es:

Zunächst richtet sich dieser Kampf gegen die sogen. Vorschule. Das badische Gesetz sieht vor, daß in Ermangelung geeigneter Abiturienten auch Kandidaten mit Primareife in die Lehrerbildungsanstalt aufgenommen werden, wenn sie einen einjährigen Vorkurs absolviert haben. Nun fordert der badische Lehrerverein die Beseitigung dieses Vorkurses, ebenso will er nicht zugeben, daß bei den Lehrerkandidaten entsprechende „Eignung" festgestellt wird, um auf solche Weise die Zulassung von Nichtabiturienten zu verhindern. Dieses Verlangen steht aber im schroffen Gegensatz zu den Erklärungen des verantwortlichen Ministers bei der Annahme des Gesetzes, wonach nicht jeder beliebige Abiturient aufzunehmen ist, sondern eben nur geeignete, d. h. solche, die gute Leistungen, Fleiß und einen entsprechenden Leumund aufweisen. Man kann nicht verstehen, was der Badische Lehrerverein dagegen einzuwenden hätte, daß über die Eignung der Lehrerkandidaten bei den Leitungen der höheren Lehranstalten Erkundigungen eingezogen werden. Der Lehrerstand müßte das in seinem eigenen Interesse sogar freudig begrüßen. Diese Maßnahme liegt aber auch im Interesse der Schule selbst, damit ihr gute Lehrer gesichert werden, denn als Lehrer und Erzieher unserer Kinder sind uns die besten gerade gut genug.

Bei der Schaffung des Gesetzes hat die Regierung aber auch versprochen, dafür zu sorgen, daß die soziale Herkunft des einzelnen kein Hindernis für seinen Zugang zum Lehrerberuf sein soll. Wollte man nun den Vorkurs aufheben, so wäre den vom Lande stammenden Kandidaten der Zugang zum Lehrerberuf verschlossen oder sie würden mindestens stark zurückgedrängt. Für die Schule aber könnte das niemals als ein Vorteil bezeichnet werden, daß sich die Lehrerschaft vorzugsweise aus Städtern rekrutiert. Es muß vielmehr allen dazu Berufenen die Möglichkeit gegeben werden, den Lehrerberuf zu ergreifen.

Auch die Errichtung von privaten Schülerheimen, welche das Gesetz zuläßt, paßt dem Badischen Lehrerverein nicht, daher fordert er staatliche Heime. Woher das Geld dazu genommen werden soll, kümmert ihn wenig, die Hauptsache ist, daß nicht etwa in katholischen caritativen Anstalten eine größere Anzahl Lehrerkandidaten untergebracht wird. Das ist doch in Wahrheit der Kern der neuesten Forderung.

Es geht aber noch weiter. Nach dem Gesetz erhalten die Lehrerbildungsanstalten in Heidelberg und Freiburg konfessionellen Charakter. Gerade um diese Bestimmung wurden heiße Kämpfe im Landtag ausgefochten. Der Badische Lehrerverein will nun eine Simultanisierung dieser Anstalten auf dem Wege der Verwaltung erzielen und versteigt sich sogar zu der Behauptung, die Anstalten brauchten nach dem Gesetz nicht konfessionell zu sein, weil der Text nichts davon enthalte. Die Regierung solle sich in dieser Frage nach den Verhältnissen und örtlichen Bedürfnissen richten. Dabei steht doch fest, daß der Landtag eine grundsätzliche Simultanisierung der Lehrerbildungsanstalten abgelehnt und der damalige Kultusminister Dr. Remmele ausdrücklich erklärt hat, es müsse zwar auch in den konfessionellen Anstalten der Geist der badischen Simultanschule in vollem Maße zum Ausdruck kommen, was aber nicht hindere, daß besondere Gebiete in den konfessionellen Anstalten

Die Reisemädels

Roman von Hermann Lint

4)

Und rasch wandte sie das Gespräch auf anderes. Sie beherrschte soviel von italienischer Kunst und hatte sich so vielerlei Italiens von der theoretischen Perspektive aus angesehen, daß es ihr ein Leichtes war, das Gespräch auf Dinge zu lenken, die natürlich das Interesse Erika Mönchs sofort lebhaft in Anspruch nahmen. Zum ersten Male leuchtete ihr Gesicht an diesem Nachmittage auf.

„Oh," rief sie beim Abschied aus, „Sie werden uns soviel erklären und erzählen können . . . ."

Beate Himmelland wanderte allein ihrem kleinen, einer gewöhnlichen Wirtin abgemieteten Zimmer zu. Sie kam jetzt erst dazu, sich ganz dem unsagbar beglückenden Gefühl dieser Reise hinzugeben. Bellini — Mantegna — der Mailänder Dom — der Monte Generoso —, dachte sie in einem fort. Sie hörte italienische Namen, sah Paläste vor ihren Augen, fühlte schon jetzt einen wärmlichen Wind an ihren Schläfen.

Reisen — Reisen, das war doch ihre Verwunschenheit gewesen, allezeit. Es kam ihr vor, als ob sie zu etwas erweckt würde.

Sie setzte sich an ihren kleinen Schreibtisch und starrte auf ein paar Bücher, die vor ihr lagen. Das würde nun alles Gestalt annehmen. Dann mußte sie ein wenig lächeln. Sie dachte an Hanna Frohsam, die jetzt vielleicht Kleider aus ihrem Schranke nahm, Schuhe besichtigte und sich „reisefertig" machte. Sie freute sich ordentlich auf dieses Mädel. „Man muß in jedem Ballon ein paar Sandsäcke haben, damit er nicht zu hoch fliegt und man sich nicht zu sehr von der Erde entfernt . . ." dachte sie. Dann nahm sie ein Blatt Papier und schrieb nach Weinheim. „Ehe ich einen Beruf annehme, der wahrscheinlich manche innerliche Ueberwindung für mich bringen wird, darf ich noch einmal die andere Welt sehen, die Welt, die noch keine Schreibmaschinen und Bureauhäuser gekannt hat! Italien — denke doch, Mama — Italien, sechs Wochen lang Süden, Sonne und Schauen!" Sie öffnete das Fenster und freute sich darüber, wie es mondscheinlich geworden war und ein leichter Frühjahrswind weiße Wolken auf altitalienischen Dächern spiegeln, dachte sie. Und sie schloß rasch die Scheiben, um nicht zu überschwenglich träumen zu müssen.

Inzwischen hatte Justizrat von Loschbeck noch allerhand in seinem Arbeitszimmer erledigt. Er überzeugte sich, daß der Bureauvorsteher und die Stenotypisten gegangen waren. Dann ergriff er den Hörer des Telephons, verlangte eine Nummer.

„Die drei Mädels waren heute nachmittag bei mir. Ich glaube, unsre Wahl war richtig. Alles drei gute bürgerliche Mädchen, die eine mit etwas mehr Einschlag nach unten, die eine schon fast etwas gelehrt und der dritten wird die Fahrt aus allerhand menschlichen Gründen gut tun . . ."

Eine Stimme fragte etwas.

„Begeistert natürlich . . .", sagte der Justizrat.

Die Stimme fragte von neuem.

„Reise geht am Samstag in vierzehn Tagen los. Anhalter Bahnhof mit dem Nachtzug nach München . . ."

Wieder fragte die Stimme.

„Aber gewiß," sagte der Justizrat. „Kommen Sie ruhig an die Bahn. Ich werde mich offiziell zum Starte einfinden, und Sie können ja ganz unbemerkt das Ganze beobachten, wenns Ihnen Spaß macht."

Man hörte ein paar lachende Worte durch das Telephon.

„Gewiß," sagte der Justizrat, „auch mir macht die Sache Spaß. Doch mal was anderes als Hypothekeneintragungen, Ehescheidungen und Schadensansprüche . . ."

Die Stimme sagte noch etwas. Der Justizrat machte ein paar Schlußworte, steckte sich die sechste Zigarre an diesem Nachmittag an und verließ sein Bureau.

3.

„Verlieren Sie Ihre Pässe nicht, meine Damen . . .", sagte Justizrat v. Loschbeck noch kurz, ehe sich der Zug mit den Reisemädels in Bewegung setzte. „Und wenn Ihnen etwas zustößt, telegraphieren Sie sofort in mein Bureau . . ."

Dann gab es noch ein kurzes Umarmen und Händedrücken vom Abteilfenster aus. Oberpostrats hatten es sich natürlich nicht nehmen lassen, Hanna an die Bahn zu bringen, während Erika Mönch in Begleitung ihrer Tante erschien, einer stattlichen älteren Dame in etwas altmodischem Schneiderkleid. Nur Beate Himmelland war allein gekommen. Aber Frau Frohsam hatte ihr — vielleicht empfindend, daß dieses vernünftige Mädchen sich am ehesten um Hanna kümmern würde — einen Strauß Märzveilchen mitgebracht.

Und dann fuhr der Zug aus der Halle des Anhalter Bahnhofs heraus in die Vorstadtgegend, die um Berlin herum so öde ist. Aber Hanna Frohsam konnte sich nicht genug tun, bis Jüterbog alle Stationen mit Namen zu nennen, sobald sie durch die Bahnhöfe sausten, von Lankwitz bis Teltow und von Großbeeren bis Luckenwalde. Und an jede Station knüpfte sie irgend eine Erinnerung; hierhin hatten sie einen Schulausflug gemacht, mit dem gefürchteten Fräulein Rabensahl, dort hatte der junge Erich Schultengießer seine Eltern, aus wieder einem anderen Orte stammte der Großonkel ihrer Mutter. Da Erika Mönch unverwandt und ohne etwas zu sagen auf dem Korridor des D-Zuges stand und hinaussah, während die beiden anderen Mädchen die Sitzplätze an den Fenstern eingenommen hatten, so blieb es Beate überlassen, diese ihr völlig gleichgültigen Reminiszenzen über sich ergehen zu lassen.

Allmählich aber verstummte Hannas Redelust vor der Müdigkeit, die nun alle drei ergriff. Man lehnte sich in die gepolsterten Plätze zurück und begann einzuduseln.

Zuvor entnahm Erika Mönch ihrer Reisetasche einen anscheinend aus den historischen Requisiten der Tante stammenden Kissenbezug, den eine rot ausgestickte Krone schmückte, und den sie sorgsam über die Stelle legte, auf dem ihr Kopf zu ruhen beabsichtigte, ein Vorgang, den Hanna Frohsam mit einem unverkennbaren Lächeln verfolgte. Als ob sie plötzlich an ihren eigenen Kopf erinnert würde, riß sie sich die lustige Reisemütze herunter und rief aus:

„Was sagt Ihr zu meinem Bubikopf?"

Nach wochenlangem Kämpfen und mit dem Argumente, daß „es doch für die Reise viel praktischer sei", hatte es Hanna im letzten Moment bei ihren Eltern — trotz des unentwegten Einspruchs Tante Paulas und der Frau Geheimrat Noeldecke — durchgesetzt, daß ihre langen, blonden Zöpfe der modernen Schere zum Opfer fielen. Nun zeigte sich eine wohlondulierte Pagenfrisur, die sie sofort mit einem kleinen Kamm zu bearbeiten anfing.

„Fabelhaft!" sagte Beate lachend. „Aber, Kinder, ehe wir „zu Bett gehen", müssen wir noch an eines denken. Wenn wir morgen früh aufwachen, ist es mit der „Sie"zerei zu Ende, nicht wahr?"

Alle lachten und lehnten sich in ihre Sitze zurück.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

je nach der Konfession verschieden behandelt würden.

Man wird solchen Bemühungen gegenüber immer wieder darauf aufmerksam machen müssen, daß die badische Schule, wie die Schule überhaupt weder Sache eines Standes, noch eines Vereins, sondern Sache des ganzen Volkes ist. Der Bad. Lehrerverein ist ein Verein, wie viele andere liberale Vereine, die sich um die Geltung des Liberalismus im öffentlichen Leben bemühen. Seine Einflußnahme auf Schulfragen kann daher auch nur unter diesem Gesichtspunkt gewertet werden: eine besondere Einflußnahme auf die Gestaltung unserer badischen Schulverhältnisse steht ihm nicht zu. Unsererseits wird man jedenfalls derartige Versuche aufs schärfste zurückweisen. Die Schule ist für das Volk und nicht für den Bad. Lehrerverein und seine liberalen Schulideale.

Einige Bemerkungen

Unser Parteifreund Dr. Wirth führt im „Berliner Tagblatt" Nr. 124 eine interessante Polemik mit dem oldenburgischen Ministerpräsidenten Tantzen, der zur Sammlung des Liberalismus als Weltanschauungsgebilde gegen den im Zentrum verkörperten Machtwillen aufrief. Die Redaktion des genannten Organs der Demokratie, dem Herr Dr. Wirth seine Kritik anvertraute, schickte nun dem Artikel eine Vorbemerkung voraus; darin steht auch der folgende Satz: „Wie schwierig die Stellung des von allen Republikanern verehrten Dr. Wirth gerade dann werden mußte, wenn das heutige Reichskabinett die Konstellation zur Durchsetzung reaktionärer Wünsche auf dem Gebiete der Schule und Kirche ausnutzen sollte, braucht nicht erst gesagt zu werden; aber man darf gewiß auch dann auf seinen politischen Sinn und seine Tapferkeit vertrauen". Der politische Sinn dieser Bemerkung ist nicht schwer festzustellen. Was unter etwaigen „reaktionären Wünschen auf dem Gebiet der Schule und der Kirche" zu verstehen ist, kann ebenfalls nicht mißverstanden werden, vollends wenn man sich erinnert, wie der Weimarer Schulkompromiß verschlechtert worden ist, und wenn man das Wort von Breslau dazu nimmt, die Katholiken könnten wohl Bürger, aber nicht Bürgen des verfassungsmäßigen deutschen Staates sein und sich bewußt bleibt, von woher der anhebende Konkordatskampf seine ständige Nahrung empfängt. Gewiß, Herr Dr. Wirth behält Recht, daß, „wenn die anderen Parteien ihre kulturliberalen Grundsätze innerhalb des Rahmens der Weimarer Verfassung verfechten, solches nicht ohne weiteres als Kulturkampfpolitik angesehen würde" von uns im Zentrum. „Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über das deutsche Bildungsverfahren können heute durchaus ausgekämpft werden, ohne daß man auf Begriffe zurügreifen muß, die seit der Weimarer Verfassung ihre Aktualität verloren haben." Diese hier von Herrn Dr. Wirth gezeigte Möglichkeit besteht, ob sie aber Wirklichkeit wird und bleibt, diese Frage rundweg zu bejahen, verbieten die verschiedenartigsten Erlebnisse. Wir brauchen nur an den eigenartigen Kampf in der Reichspräsidentenwahl zu erinnern oder an die Vorgänge beim Lehrerbildungsgesetz in Baden. Selbst die Einstellung des Herrn Staatspräsidenten von Oldenburg in seinen von Herrn Dr. Wirth gewürdigten Artikel lassen entsprechende Zweifel als begründet erscheinen.

Die „extremen Ansichten", so meint Herr Altreichskanzler Dr. Wirth, „kämen gewöhnlich in der revolutionär-sozialistischen Propaganda zum Vorschein. „Wir möchten glauben, daß Herr Dr. Wirth erfahren genug ist, um auch noch andere Gefahrenzonen zu kennen, die nicht minder produktiv zu sein pflegen, um, wenn sie den Zeitpunkt für gegeben ansehen, „extreme Ansichten" geltend zu machen. Diese Kreise sind nur etwas vorsichtiger in ihrem Vorgehen, als die „revolutionär-sozialistische Propaganda". Die Agitation gegen etwaige Konkordate ging doch nicht von kommunistischer Seite aus und empfängt auch nicht von dort ihre Nahrung.

Auch wir glauben an „den politischen Sinn und die Tapferkeit" des Herrn Dr. Wirth, wen nes sich um Fragen „der Schule und Kirche" handeln wird; ganz besonders bauen wir auf diese Eigenschaften, wenn es etwa einmal gilt, feindliche Absichten auf das christliche Kulturgut abzuwehren. Wie hier die hinter dem Zentrum stehende Wählerschaft denkt, ist schon vielmal festgestellt worden und kann bei jedem kommenden Anlaß von neuem erprobt werden. In solchen Fällen sahen wir bisher Herrn Dr. Wirth mit seinem „politischen Sinn und seiner Tapferkeit" in den vordersten Reihen derer, die das christliche Kulturgut im Interesse des christlichen Volkes wie des Vaterlandes verteidigten. Wir sind überzeugt, daß darin eine Wandlung nicht eingetreten ist. Darum können derartige Fragen auch keine „schwierige Stellung" für Dr. Wirth dem christlichen Volke gegenüber schaffen. Wenn es solche geben würde, dann könnte sie nur nach der Seite liegen, von der Ablehnungstendenzen gegen die berechtigten christlichen Forderungen zu verzeichnen wären.

Wir sind erfahren und objektiv genug, daß es in allen Weltanschauungslagern immer wieder, aber auch sonst, Leute gibt, die „ihre Grundsätze rein formalistisch verstehen", ja wir gehen noch einen Schritt weiter, um anzuerkennen, daß es auch Leute gibt, die mit dem Kopf durch die Wand wollen und sich brüsten, nie für einen Kompromiß zu haben zu sein. Man wird aber der Zentrumspolitik derartiges nicht nachsagen können; allein die Bewegungsfreiheit hört dort auf, wo das Wesen des Grundsätzlichen beginnt. Unsere Neupriester von 1874 sind lieber ins Gefängnis gegangen als über die Eidespflicht gegen ihre Kirche hinwegzuschreiten. Für den christlich denkenden Politiker gibt es „Bindungen", die nicht in die Rubrik des „formalistischen Charakters" geschoben werden können. Integrale und formalische Denkweise können um so schärfer abgelehnt und ihr „Schaden" um so nachhaltiger verhütet werden, je unbedingter der Verlaß ist, den das gläubige Volk auf „den zur Verantwortung berufenen Politiker" in seinen Sorgen um die kulturellen Güter mit gutem Grund setzen kann.

Man täusche sich nicht, in diesen Fragen hat das gläubige Volk ein feines Empfinden. Weder „Wahlverfahren" noch „organisationstechnische Hemmungen" sind seine Ursachen; im Gegenteil, das Volksempfinden verwirft das heutige Wahlverfahren, weil es seinen Mann sich ansehen und wissen will, ob es ihm seine heiligsten Interessen anvertrauen kann. Man kann es nur begrüßen, daß es so ist. Die Organisationsführer wie die parlamentarischen, werden durch dieses gesunde Empfinden kontrolliert. Das gläubige Volk läßt diese seine religiösen Interessen nicht sorglos beiseite schieben. Wiederum sagen wir: es empfindet da vollkommen richtig, auch wenn die Lehrmeisterin, die Geschichte, es nicht in seine Schule nähme. Auch „die junge Generation", soweit sie nicht zu den „Jugendbewegten" gehört, denkt in den Stücken kein Jota anders und die Jugendbewegten merken bereits doch auch, daß man die Lehren der Geschichte und das Erbgut der Väter nicht ungestraft beiseite werfen darf. Diese Dinge liegen so, auch wenn noch so laute Rufe gelegentlich eine andere Meinung zu begründen suchen. Wer in der Einzelarbeit Woche für Woche drinnen steht, hat da ein anderes Urteil, als etwa der, welcher sich auf die lauen Stimmen stützen zu dürfen glaubt. Das weltanschauliche Denken erfaßt vielmehr heute auch solche Kreise der Jugend, die ihm bis dahin fern gestanden. Das wird uns abermals versichert von denen, die in der alltäglichen Kleinarbeit drinnen stehen. Die Pflege dieser Gedankenwelt muß absolut nicht „das Gemeinschaftsempfinden" stören, im Gegenteil, der Wille zur Wahrheit kann nur näher bringen und das Sichverstehen fördern, auch Gegensätze lassen sich besprechen und ertragen, wenn der Wille dazu da ist.

Es ist ideal gedacht, in der Demokratie die Scheidung der Wählermassen nach politischen Motiven zu wünschen. Das wäre auch realpolitisch gedacht, wenn die großen Kulturfragen nicht auch mehr oder weniger zur politischen Aufgabe gehörten und diese den rein politischen am Ende an innerer Wichtigkeit und subjektiver Wertschätzung voran zu gehen pflegten. Wir haben das Empfinden, daß Herr Dr. Wirth mit dieser seiner Anschauungen hofft, der Republik zu dienen. Wir haben das gleiche Ziel, sind aber der Meinung, daß die Hochachtung vor der kulturellen Welt und die wohlwollende Pflege und so geschaffene Indienstnahme derselben weit mehr dem Ziele dienten als die andere Art.

Damit hängt auch zusammen die Forderung, daß ein „besseres Wahlverfahren" den heutigen Staat im Volke weit mehr als bisher verankern soll. Wenn damit auch „die Parlamentarier unabhängig und selbständig auf ihre eigene Führerschaft gestellt werden" soll, so kann das nur so verstanden werden, daß der Führer im Volk verwurzelt, dem wahren Volkswohle zu dienen gewillt ist und den parlamentarischen, volksentfremdenden Absolutismus entschieden ablehnt. Wir sagen das mit Vorbedacht, weil wir in bestimmten da und dort sich anmeldenden Neigungen etwa einem volksfremden parlamentarischen Absolutismus irgendwelche Konzessionen zu machen, eine bedenkliche Gefahr für die Republik erkennen mußten. Wir vertrauen, daß auch gegen diese Sorte von Gefahren für die Verfassung von Weimar der Volksmann Dr. Wirth „seinen politischen Sinn" und seine „Tapferkeit" einsetzen wird, falls sie aktuell werden sollten, wie wir vom gläubigen Katholiken Dr. Wirth das gleiche bei wirklichen Gefahren für die christlichen Kulturgüter erwarten dürfen.

Amtliche Nachrichten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Zuruhegesetzt: Polizeikommissär Titus Strittmatter in Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Entlassen auf Ansuchen: Handelslehrer Dr. Arthur Lehmann in Mannheim.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt: Hafenmeister Johann Scherer beim Hafenamt Mannheim zum Oberhafenmeister.

In den Ruhestand versetzt: Förster Adam Sauer beim Forstamt Schönau bei Heidelberg.

Wenn dieser Scherz Wirklichkeit wäre

und Sie müßten mit verbundenen Augen einen Pudding kosten, so würden Ihnen das zarte Aroma und der feine Geschmack sofort verraten, daß es ein **Oetker-Pudding** ist. *Ein Versuch wird Sie überzeugen!* Viele Sorten — vom einfachen bis zum Oetker-Feinkost-Pudding — stellen alle Ansprüche zufrieden. Verlangen Sie Dr. Oetker's Puddingpulver nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf". Gute Rezepte für Süß- und Geleespeisen sind in dem neuen farbig illustrierten Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F enthalten. Sie lesen darin auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder", mit dem Sie auf kleiner Gaskocher-Flamme backen, braten und kochen können. Das neue Buch ist für 15 Pfg. bei Ihrem Kaufmann zu haben, wenn vergriffen, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Ladenverkaufspreise: Backpulver „Backin" 1 Stck. 10 Pfg., 5 Stck. 25 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 18 Pfg., Vanillin-Zucker 5 Pfg., Vanille-Sobenpulver 5 Pfg., Gala-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln 25 Pfg., Gustin 225 g 35 Pfg.

Wie der Winter zu uns kam

Ein Märchen von Käre Kerkow

Eines Tages stand der Winter auf der Warte eines seiner riesigen Eispaläste und lugte aufs Meer. Er hatte mit seinen Getreuen ein großes Fest gefeiert, das tagelang währte. Nun sehnte er sich nach Abwechslung; denn das Zechen war ihm sehr langweilig geworden. Er träumte in die Ferne und seine Augen verweilten bei dem Spiel der Wellen. Auf einmal tauchte am Horizont ein großes Schiff auf. Da ihm der Wind sehr günstig war, fuhr es mit geblähten Segeln geradewegs auf des Winters Reich zu. Es kam näher und näher, und jetzt konnte man schon Menschen darauf erkennen.

Da fürchtete der Winter, fremde Krieger könnten in sein Reich eindringen und ihm die unbeschränkte Herrschaft nehmen. In jäh aufflammendem Zorne gebot er dem Nordwind, sich mit Macht zu erheben und das Schiff weit hinaus aufs Meer zu treiben. Aber der Nordwind konnte nichts ausrichten. Die Fremdlinge zogen die Segel ein, das Schiff fuhr mit kaum verminderter Geschwindigkeit dem Ufer zu.

„Tanzen soll es auf der schäumenden Gischt, dieses widerspenstige Fahrzeug! Zerschellen soll es und mit Mann und Maus untergehen!" fluchte der Winter, und er befahl sogleich den Wellen, ihren wildesten Reigen zu tanzen. Aber auch sie konnten dem Schiff nichts anhaben. Ruhig und sicher nahm es die größten Wellen mit den spitzen Schaumkronen, wich den gefährlichen Klippen aus und legte an der einzigen sicheren Landungsstelle des Eisreiches an. All Versuche des Winters, die Landung zu verhindern, waren vergebens. In aller Ruhe gingen die Fremden an Land und bestaunten das seltsame Schloß und seine Umgebung. Ehrfürchtig begrüßten sie seinen Beherrscher. Als der Winter in ihre guten Augen sah, legte sich sein Zorn. Er ließ die Fremdlinge gewähren und freute sich ihrer Annäherungen. Oft kam er mit ihnen zusammen, ließ sich das seltsame Schiff zeigen, und hörte gerne zu, wenn sie von fremden Ländern sprachen. Als sie nach einigen Tagen wieder abfuhren, ließ sie der Winter nur ungern scheiden. Als das Schiff außer Sicht war, kam es dem Winter leer und öde vor in seinem weiten Reiche. „Warum soll ich nicht auch einmal eine Fahrt unternehmen in die weite Welt, wie es die Fremden taten!" dachte er sich. Alsdann befahl er, ein großes Schiff mit mächtigen Masten und Segeln zu bauen. Als das Schiff fertig war, lud der Winter seine Vasallen ein: den Frost, das Eis, die Kälte und den Schnee, den scharfen Nord, wie den rauhen Ost. Sie alle sollten ihn begleiten. Mit tosendem Brausen stürzte sich der Nordwind hinaus aufs Meer, sodaß das Fahrzeug pfeilgeschwind von dannen schoß. Als der Nord müde war, löste ihn der Ostwind ab. Auch dieser pfiff grimmig und mit höchster Geschwindigkeit ging die Fahrt weiter. Nicht lange dauerte es, da tauchte eine Küste auf, die von Menschen bewohnt war. Der Sturm legte sich und langsam näherte sich das Schiff dem Ufer.

Die Bewohner waren friedliche Leute. Sie sahen das Schiff in den Hafen einlaufen, ohne daß sie davon viel Aufhebens machten. Es war ja im Land des ewigen Frühlings, da hatten die Menschen nie erfahren, was Schnee, Sturm und Kälte ist. Aber die Herrscherin, Frau Sonne, kannte die Ankömmlinge und wußte, daß Gefahr drohe. Darum warnte sie die Menschen und sagte ihnen, daß der Fremde der Winter genannt werde und gar ein rauher und garstiger Geselle sei. „Das Leben der Menschen und Tiere, der Vöglein und Blumen gefährdet er mit seinem eisigen Hauche," sagte sie, „alle Vögel werden sterben in der rauhen Luft und alle Blumen wird er mit rauher Hand knicken!"

Kaum hatte dies Frau Sonne gesprochen, da stieß sie einen Schreckensruf aus. Eine eiskalte Hand berührte ihre Schulter und eine tiefe Stimme ließ sich vernehmen: „Prahle nicht, lieb Sonne! Sie sind ja bunt und mannigfach, deine Blümchen aber auch ich kann den Menschen schöne Blumen schenken!"

„Wenn dr dies kannst," erwiderte höhnisch die Sonne, „dann sollst du jedes Jahr zu uns kommen, und ich will dir die Herrschaft nicht streitig machen."

Als der nächste Morgen graute und Frau Sonne mit verschlafenen Augen auf ihr Land blickte, erschrak sie sehr. An alle Fenster, von der kleinsten Hütte bis zum prächtigsten Palast, hatte der Winter schöne und duftige Blumengebilde hingezaubert. Eisblumen waren es, wie man sie noch nie gesehen.

Der Winter hatte die Wette gewonnen, und da es ihm im Reich der Sonne gefiel, kommt er heute noch Jahr für Jahr.....

Gastspiel in „Madame Butterfly".

Als Nachfolger von Robert Butz scheint nun endlich der richtige Mann gefunden zu sein und zwar in José Witt vom Stadttheater Breslau. Sein Linkerton konnte nach jeder Seite der künstlerischen Durchgestaltung hin gefallen: es war, alles in allem, eine sympathische Leistung, die sofort für den Bewerber einnahm. Die Stimme ist zwar klein und klingt noch nicht offen, ja manchmal gaumig, doch hat sie jene charakteristische lyrisch-weiche Färbung, die den Sänger für das in Frage kommende Rollengebiet als bestens geeignet erscheinen läßt. Was man unter unter Generalmusikdirektor Krips' befeuerter rühmen kann, nämlich ein verinnerlichtes, temperamentvolles Spiel, besitzt Herr Witt in vollem Maße. Dachte man sich in ein nur gesprochenes Drama hinein, so mußte man dem Gast vollends schauspielerische Eigenschaften zugestehen, neben einer beweglichen Darstellung auch eine deutlich artikulierte Deklamation. Was der Sänger noch an letzter Reife vermissen läßt, wird sich bei seiner offensichtlichen Jugend sicher noch erreichen lassen. Die Gesamtaufführung unter Generalmusikdirektor Krips befeuerten Leitung stand überhaupt unter einem glücklichen Stern, und Else Blank als Butterfly bot wieder eine an unsere innerste Teilnahme rührende Leistung. Dr. B.

Nationaltheater Mannheim. Intendant Stoli hat das Drama „Mensch um Mensch" von Ernst Gaugigl für das Nationaltheater Mannheim zur alleinigen Uraufführung erworben. Die Uraufführung findet am 10. April im Rahmen der „Jungen Bühne" unter Spielleitung des Dramaturgen Erich Dürr statt.

Badener Kunstausstellung. In Anwesenheit zahlreicher prominenter Persönlichkeiten, darunter Staatsrat Dr. h. c. Marum, der Referent für Kunst im Unterrichtsministerium, Reg.-Rat Dr. Weismann und Oberbürgermeister Dr. Vieser wurde am Samstag nach einer Ansprache des Professors v. Volkmann durch den Ministerialrat Dr. Schwoerer als Vertreter der Regierung die Ständige Kunstausstellung Baden-Baden eröffnet.

Für das 5. Max Reger-Fest, das vom 26.—30. April in Frankfurt a. M. gemeinsam von der Max Reger-Gesellschaft und der Stadt Frankfurt veranstaltet wird, sind hervorragende Frankfurter und auswärtige Solisten gewonnen. Es wirken mit: Emmi Leisner (Gesang), Walter Gieseking (Klavier), Paul Hindemith (Bratsche), Alfred Hoehn (Klavier), Günther Ramin (Orgel), das Amar-Hindemith-Quartett.

Literatur

Julius Berstl: „Lichtenbergs Idyll". Mit Nachwort von Dr. Lutz Weltmann. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 6781. Heft 40 Pfg., Band 80 Pfg.

Julius Berstl ist durch sein Lustspiel „Dover-Calais" weiteren Kreisen bekannt geworden. Der Held der vorliegenden Novelle ist Lichtenberg, der große Satiriker und Aphoristiker. Er hat ein Kind aus dem Volke, ausgezeichnet durch Gaben des Geistes und des Körpers, zu einer ebenso klugen wie liebreizenden Jungfrau herangebildet, fürchtet sie zu verlieren, scheut sich jedoch, als körperlich Verunstalteter das entscheidende Wort zu sprechen. Sein Famulus soll das Mädchen ergründen, Marie-Dorathea gerät in einen schweren Konflikt zwischen beiden; und in dem Bestreben, zwei Menschen gleicherweise wehe zu tun, um keinen zu verwunden, flieht sie und stirbt an dem Uebermaß ihrer Liebe. Eine echte Rokokogeschichte, pastell-duftig und empfindsam, die jedermann mit Anteilnahme und Spannung liest.

31. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer trat am Dienstag nachmittag in ihre 31. Vollversammlung ein, die von dem Vorsitzenden Dr. Graf Douglas eröffnet wurde. Dieser begrüßte die Mitglieder der Kammer, die Vertreter von Regierung und Presse und schilderte kurz die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft und die Arbeit der Landwirtschaftskammer. Darauf wurde Verbandspräsident Keidel in den Vorstand der Landwirtschaftskammer anstelle von Generaldirektor Schön gewählt und außerdem wurden einige weitere Ergänzungswahlen vorgenommen.

Den Tätigkeitsbericht der Kammer erstattete Direktor Dr. von Engelberg. In seinen Darlegungen hob der Direktor die Einrichtung der bäuerlichen Buchführung und der Konjunkturstatistik besonders hervor und berichtete über die Versuche der Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft, die billige, langfristige Realkredite brauche. Ferner berührte er in seiner Berichterstattung die Frage der Erwerbslosenfürsorge bei Ablehnung einer diesbezüglichen Versicherung und die Hagelversicherung. Zum Schluß erwähnte Direktor Dr. von Engelberg als besonderen Mißstand auf dem Lande die mangelhafte Postzustellung und die Höhe der Bahntarife und erörterte die Vorzüge der Versuchsringe, die als bäuerliche Wirtschaftsberatung ins Leben gerufen wurden und die Behandlung der Meliorationsgebiete, durch die neues bebauungsfähiges Land gewonnen wird. Ferner empfahl Dr. v. Engelberg die Gründung von Tabakbauvereinen und wies auf die Bedeutung der Schädlingsbekämpfung hin.

An der sich anschließenden Aussprache über den Tätigkeitsbericht beteiligten sich die Kammermitglieder Gebhard, Weißhaupt-Meßkirch und Weißhaupt-Pfullendorf und erörterten die Bezüge, die frühere Landbundmitglieder von der Norddeutschen Hagelversicherung erhalten haben sollen. Kammermitglied Gebhard erklärte, daß er für jeden Sitzungstag in Berlin 30 Mk. erhalten habe. Das seien im Jahre noch keine 25 000 Mk., wie ihm im „Vorwärts" vorgeworfen worden sei. Kammermitglied Hemberger-Heidelberg nennt als Gehalt des Versicherungsdirektors Staufenberg 21 429 Mk. Das sei nicht zuviel, da noch erhebliche Abzüge in Frage kommen.

Kammermitglied Freiherr v. Stotzingen verbreitet sich über die landwirtschaftliche Unfallversicherung, deren Inanspruchnahme ganz erheblich gestiegen ist und eine Erhöhung der Umlagen nötig macht. Kammermitglied Zoll-Freiburg schildert die Schwierigkeiten, die dem Versicherungsnehmer erwachsen, bis er seine Ansprüche durchgesetzt hat.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde die von Bürgermeister Lehmann-Villingen berichtete Rechnungsprüfung anerkannt und ihrer Führung Entlastung erteilt. Nach Annahme eines Antrages auf Erhöhung der Tagegelder um 5 Mk für jede Uebernachtung erstattete Präsident Wachs-Winklerhof Bericht über die unwiderrufliche Anstellung von Beamten an der Landwirtschaftskammer.

Darauf erstattete Direktor Dr. v. Engelberg Bericht über den Voranschlag für das Jahr 1927/28.

Im weiteren Verlauf der Aussprache über den Voranschlag wendet sich Frhr. v. Stotzingen gegen die Herabsetzung der Umlage zum Nachteil einiger Posten, die gestrichen werden sollen, und Kammermitglied Duffner regt die Züchtung von Getreide für die Höhenlagen des Schwarzwaldes an. — Kammermitglied Frank-Frankenhof bittet um Einstellung von 3000 Mk. zur Züchtung von Grassamen, in den Voranschlag.

Um halb 8 Uhr wurde die Beratung auf Mittwoch früh 8 Uhr vertagt.

*

Die Einzelberatung des Voranschlages brachte eine Fülle von Wünschen und Anträgen. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahmen die viehzüchterischen Bestrebungen ein, wozu sich u. a. Graf Douglas und Staatsrat Weißhaupt äußerten. Letzterer betonte die wichtige Rolle des oberbadischen Fleckviehs für die kleinbäuerliche Bevölkerung. Graf Douglas setzte sich für die Aufhebung des jetzigen Systems der Leistungskontrolle ein, da es nur schädlich wirke.

Im weiteren Verlaufe der Beratung wurden Wünsche laut auf Belehrung der Bauern über zweckmäßige Handhabung der Geräte, Zuschußleistung an den Maisbauverein Breisach und tatkräftige Förderung des Obstbaues in der Seegegend. Von anderer Seite wurde es dankbar begrüßt, daß die Schädlingsbekämpfung in Fluß gekommen sei.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Annahme fand der Wunsch, man möge versuchen, aus Reichsmitteln 3000 Mk. zur Förderung der Grünlandwirtschaft zu erhalten und, wenn dies nicht erreicht werden sollte, aus Kammermitteln genannten Betrag zur Verfügung zu stellen. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf vorübergehende Sperrung der Einfuhr von Fettschweinen.

Darauf genehmigte die Vollversammlung einstimmig den ordentlichen Voranschlag.

Zum außerordentlichen Etat stellt Direktor Füller für die Landbaugruppe den Antrag, die Betriebszuschüsse um 20 000 Mk. zu streichen. Die Versuchs- und Lehrgüter müßten sich selbst erhalten und die Sonderumlage wenigstens etwas gesenkt werden. Dabei entspannen sich Auseinandersetzungen zwischen Generaldirektor Aengenheister vom Bauernverein und dem Präsidenten Gebhard über die unter Landbundführung von der Kammer getroffenen Maßnahmen. Der Baubundantrag wurde abgelehnt und der außerordentliche Voranschlag gegen zwei Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen genehmigt, damit auch die Umlage von 22 Pfg., zuzüglich 10 Pfg. Sonderumlage. Der Vorstand erhielt ferner die Ermächtigung zur Anleiheaufnahme bis zum Höchstbetrag von 600 000 Mk.

Präsident Graf Douglas versicherte, daß er alles tun werde, um die Sätze des Voranschlages einzuhalten. Zugestimmt wurde schließlich einem Antrag, daß 1927/28 Grundstücke im Gesamtwerte von 200 000 Mk. gekauft und verkauft werden dürfen.

Mit großem Interesse hört dann die Vollversammlung ein Referat über **„Aufgaben und Ziele des Deutschen Landwirtschaftsrates"**, gehalten von dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied dieser Körperschaft, Regierungspräsident z. D. Kutscher. Er betont die Bedeutung der Aufklärungsarbeit in der Presse und bezeichnet es als eine der Tagesaufgaben, den Nachweis zu führen, daß es nicht der Landwirt sei, dem beim Anziehen der Preise in erster Linie Gewinne zufließen. Der Redner erörterte anschließend das wirtschaftliche Programm des Deutschen Landwirtschaftsrates. Eine Besserung der deutschen Wirtschaft könne mit Exportförderung allein nicht herbeigeführt werden. Der Ausgleich der Handelsbilanz sei nur möglich, wenn wir die Einfuhr auf das Notwendige beschränken. Nichts sei unberechtigter als der Vorwurf einer einseitigen landwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik. Wir wehren uns aber dagegen, daß Lebensinteressen der deutschen Landwirtschaft bei den Handelsvertragsverhandlungen geopfert werden. Hat sich der Landwirt einmütig hinter den Weinbau gestellt und ist dadurch der erste Erfolg erzielt worden, so sollte er sich mit doppeltem Nachdruck auch hinter die Erhaltung der deutschen Viehzucht stellen. Der Redner streift die Steuergesetzgebung und stellte fest, daß man mit der Bewertung einen guten Schritt vorwärts gekommen sei. Als praktischer Siedlungsmann warnt er vor überstürzten Siedlungsmaßnahmen. Die Landwirtschaftliche Zentralbank als maßgebendes Institut auf dem Gebiete des Kreditwesens sei weiter auszubauen mit den beiden Zielpunkten: Siedlung und Landeskultur. Der Redner stellte fest, daß man ohne die kluge Leitung der Rentenbank-Kreditanstalt noch nicht zu einem geringeren Zinsfuß gekommen wäre. Wir wollen durch die Nahrungsfreiheit den Weg finden zur Freiheit unseres Vaterlandes! (Lebhafter Beifall.)

In der Aussprache gab Mitglied Schill vom Bauernverein die Erklärung ab, daß seine Gruppe im Deutschen Landwirtschaftsrat den Ausdruck des gemeinsamen Willens der gesamten deutschen Landwirtschaft sehe, und daß er volles Vertrauen genieße.

Präsident Wachs vom Landwirtschaftlichen Verein erklärte die Zustimmung zum Voranschlag. — Freiherr v Stotzingen machte darauf aufmerksam, daß die Verluste zu einem guten Teil ihre Ursache in der schlechten Ernte 1925 haben. — Gutsbesitzer Duffner-Furtwangen führte aus, der Bericht des Oberbürgermeisters Lehmann bereite große Sorge. Um die Verhältnisse des abgelaufenen Jahres besser beurteilen zu können, sollte man die Vollversammlung in den April verlegen. — Direktor von Engelberg gab Aufschluß über die finanzielle Grundlage der Versuchsgüter im kommenden Jahre. Man rechnet mit einem Zuschußbedarf von rund 19 000 Mk bei mittlerer Ernte. Das Hanf- und Flachswerk wird einen Verlust von etwa 19 000 Mk. ergeben gegen 64 000 Mk. im Jahre zuvor. — Oberregierungsrat Cronberger sah sich veranlaßt, auf die Richtlinien des Reiches für die Zuschüsse zur Wirtschaftsberatung abzuheben.

Arbeitnehmervertreter Strobel unterstrich zu einem großen Teil die Ausführungen des Referenten und setzt sich gleichfalls für ein einträchtiges Zusammenarbeiten aller Faktoren ein. Der heutige Zinsfuß sei für die Landwirtschaft untragbar.

Dr. Matthes ist mit dem Vortrag völlig einverstanden. Leider stehe die Landwirtschaft in Bezug auf die Rationalität an letzter Stelle.

Nach dem Schlußwort des Referenten begrüßte der Präsident den inzwischen im Saale erschienenen Minister des Innern, Remmele.

Generaldirektor Dr. Aengenheister-Freiburg nahm darauf das Wort zu seinem Vortrag über

Landwirtschaftliche Siedlung.

Der Siedlungsgedanke an sich ist schon alt. Es hat Zeiten gegeben, wo Siedlung von den einen als Fluch gedeutet, von den anderen als ein Segen gehalten wurde. Die Bauern scheuen sich keineswegs vor der Ansiedlung. Alle damit zusammenhängenden Fragen sollten in einer Siedlungsstelle zusammengefaßt werden, die die Interessen der badischen Landeskinder wahre. Ohne die Bereitstellung staatlicher Gelder kann die Siedlung nicht durchgeführt werden. Von dieser Erkenntnis muß deshalb auch die kommende Debatte im Landtag getragen sein. Neben Uebersee- und Innensiedlung denkt der Redner noch an die sogen. Daheimsiedlung, worunter er die Ent- und Bewässerung usw. versteht. Der Vortrag gipfelt in dem Antrag, dahin zu wirken, daß 1. die Beratungsstelle der Badischen Landwirtschaftskammer als offizielle Auskunftsstelle der Berliner Zentrale für Auswanderungswesen anerkannt und Mittel gewährt werden, um an Ort und Stelle die überseeischen Verhältnisse prüfen zu können; 2. die Regierung Mittel zur Verfügung stellt zu einer Informationsfahrt nach dem Osten und eine Siedlungsstelle geschaffen wird zum Zwecke der Finanzierung siedlungslustiger badischer Landeskinder; 3. die Kultivierungsarbeiten im Lande selbst in größerem Umfange und beschleunigt durchgeführt werden. (Beifall.)

Zur Sache sprachen unter Betonung der Hemmnisse die Mitglieder Schill (Bauernver.) und Direktor Füller (Landb.).

Dann griff der Innenminister Dr. Remmele ein, um folgendes auszuführen: Selbst wenn wir die Mittel für 200—300 Bauernsiedlungen bereitstellten, kämen wir über die sonstigen berghohen Schwierigkeiten von heute auf morgen nicht hinweg. Die Frage wird sehr vom Standpunkt des Gefühls aus behandelt. Man hat auf die Differenzen zwischen Preußen und dem Reiche hingewiesen. Es besteht die Befürchtung, daß eine allzusehr forcierte Stellung im Osten wirtschaftlich nicht tragbar sein könnte. Zum andern gilt es, den Bereitschaftswillen im Lande vorzubereiten, Mittel flüssig zu machen. Die Hilfsstelle kann nicht innerhalb des Ministeriums liegen. Gemessen an der Zahl der Auswanderer und dem vorliegenden Bedürfnis wird das praktische Ergebnis unserer Bemühungen zunächst ein außerordentlich kleines sein. Wir können nicht im Sturmschritt einen großen dauernden Erfolg der Ostsiedelung erzielen. Dazu wird es jahrelanger Erfahrungen bedürfen. Lassen wir uns in diesem Fall mehr von dem Verstand als von dem Gefühl leiten. (Zustimmung.)

Die Anträge des Berichterstatters wurden nach einem kurzen Schlußwort einstimmig angenommen.

Präsident Gebhard-Eppingen äußert sich schließlich über die Durchführung des auf der Grundlage des Ertragswertes aufgebauten Reichsbewertungsgesetzes. Es ist dies keine leichte Aufgabe, zumal der Grundsatz gleichmäßiger Bewertung in allen Teilen des Reiches unbedingt beachtet werden muß. Die Klagen über unterschiedliche Bewertung beweisen, daß Bestimmungen und Sinn des Gesetzes nicht hinreichend bekannt sind. Das Prinzip der Veranlagung nach dem Ertragswert bedeutet bei der außerordentlichen Steuerbelastung der Landwirtschaft einen erfreulichen Fortschritt. Der weitere Teil des Referats enthielt Fingerzeige für das Vorgehen der Grundwertausschüsse. Leider fehlten in Baden die für eine richtige Bewertung erforderlichen Unterlagen. Hier müßten deshalb möglichst viele Vergleichsbetriebe erfaßt werden. Die Badische Landwirtschaftskammer empfiehlt ferner, das Land Baden als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet anzusehen. Mit aller Sorgfalt und Beschleunigung müsse die Nachprüfung der badischen Einheitswerte unter Zuziehung der orts- und sachkundigen Bauern erfolgen. Der Referent stellt einen dahingehenden Antrag.

Staatsrat Weißhaupt führt Fälle an, wo eine Höherbewertung bis 100 Prozent stattfand. Die Beschwerden seien darum berechtigt.

Dr. Matthes berührt die Sachlage im Seekreis, wo vor allen Dingen eine Korrektur eintreten müsse. Der Redner kam auf die Steuerfrage überhaupt zu sprechen und stellte den Antrag, die Kammer solle die Senkung der Grund- und Gewerbesteuer verlangen.

Dieser wie auch der Antrag Gebhard wurde einstimmig angenommen.

Am Schluß der Sitzung hob Präsident Wachs die Erfolge der Kammer unter Führung des Grafen Douglas hervor. Er stellte ferner den harmonischen Verlauf der Tagung fest, der gleichfalls ein Verdienst des Präsidenten sei. Hierfür sage ihm die Vollversammlung herzlichen Dank. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Dr. Graf Douglas erwiderte mit der Versicherung, daß er von dem Gang der Verhandlungen außerordentlich befriedigt sei. Mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die Beamtenschaft schloß der Präsident nach mehr als siebenstündiger Dauer gegen halb 4 Uhr die Sitzung und damit diese Tagung.

Chronik

Marzzell (Albtal), 23. März. Das Erholungsheim des Badischen Frauenvereins für schulentlassene Mädchen und für Frauen wird am 9. April d. J. seinen Betrieb wieder aufnehmen. Im verflossenen Jahre war das Heim von 174 Erholungsbedürftigen besucht, darunter 79 Selbstzahler aus dem Mittelstande. Die Waldspaziergänge im Tale oder auf die umliegenden Höhen mit den schönen Ausblicken, die sonnigen und schattigen Plätzchen im Garten beim Hause und der nahe Park mit der Liegehalle und seinen Bänken gestatten einen reichlichen Genuß des Lebens in freier Luft. Mit Befriedigung über den schönen Aufenthalt schieden die Gäste, um mit frischem Mute und in neuer Kraft in den Beruf zurückzukehren, so daß die Zwecke des Heims, eine Wohltätigkeitsanstalt zu sein, erreicht wurden. (Siehe das Inserat im heutigen Blatt.)

Zeutern, 22. März. (Bahnattentat). Vor dem hiesigen Bahnhof der Nebenbahn wurde hier dadurch ein Anschlag auf den einfahrenden Zug verübt, daß ein Radschuh über das Geleise gelegt war. Glücklicherweise schob die Lokomotive den Radschuh beiseite, sodaß kein Unfall eintrat. Dies ist in verhältnismäßig kurzer Zeit das zweite Bahnattentat und hoffentlich gelingt es, wenigstens dieses Mal den Uebeltäter festzustellen.

Stettfeld, 22. März. (Zentrumsversammlung.) Am letzten Sonntag hielt die hiesige Zentrumspartei eine Versammlung ab, bei der Herr Druckereibesitzer Wetzel aus Karlsruhe das Referat übernommen hatte. Als Vortragsthema wählte er die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage und deren Verbesserung, sprach über die Licht- und Schattenseiten des Fürsorgewesens und wie man die große Zahl der Arbeitslosen ganz beträchtlich durch für die Allgemeinheit nützliche Arbeit und auch durch seßhafte Ansiedlung im Osten des Reiches vermindern könnte. Wenn er uns vor Augen führte, wie viel Oedland bei uns in Baden kultiviert, wie viel Wiesen und Felder entwässert, wie so manch wichtige Straße und Bahn gebaut, so muß man sagen, jetzt wäre die beste Gelegenheit für solche Kulturarbeit und auch, um die Arbeitslosen von der Straße wegzubringen. Nur frägt es sich, ob auch alle damit einverstanden wären, so harte Kulturarbeiten, wie sie unsere Vorfahren gemacht, auch auszuführen. — Auch der für uns badische Zentrumsangehörige so bedauerliche Fall Wirth wurde angeschnitten und von der Versammlung einer eingehenden Würdigung unterzogen und tief bedauert. Nach Beendigung des Vortrages setzte eine lebhafte Diskussion ein, nach welcher unser hochw. Herr Pfarrer, sowie auch der Herr Bürgermeister ihren persönlichen und den Dank der Anwesenden für den so überaus anregenden und lehrreichen Vortrag, der uns eine so genußreiche Stunde verschaffte, zum Ausdruck brachten. Mit dem Wunsche, daß der verehrte Herr Referent uns recht bald wieder mit einem Vortrag beehren möge, wurde die Versammlung geschlossen. — Der kath. Volksverein, der vor einigen Wochen hier ins Leben gerufen wurde, hat eine ganz ansehnliche Mitgliederzahl und jeden Tag kommen Neuanmeldungen. Wenn man auch bei unseren Männern auf dem Lande eine große Vereinsmüdigkeit konstatieren muß, für den Volksverein aber haben sie doch noch Interesse. Das sieht man schon aus der Tatsche, daß in den letzten vier Wochen 89 neue Ortsgruppen gegründet worden sind.

Philippsburg, 23. März. (Kath. Frauenbund). Am letzten Sonntag fand auch in unserer Gegend eine von der Landfrauenkommission des badischen Landesausschusses durch unsern Zweigverein veranstaltete Landfrauentagung statt, die in jeder Hinsicht als gelungen bezeichnet werden kann. Es waren gut an 300 Frauen von hier und Umgebung anwesend. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Frauen dem ersten Vortrag von Herrn Domänenrat Knapp, Mannheim, über **„Interessantes aus der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der pflanzlichen und tierischen Schädlinge und deren Bekämpfung im Garten und auf dem Felde."** Der zweite Vortrag von Frau Adam-Rastatt, über **„Verwertung und Zubereitung von Obst und Gemüse"** bot den Frauen reichlich Anregung und Belehrung und für schon Bekanntes erneute Aneiferung. — Die Teilnahme unserer Landeskommission-Vorsitzenden, Frau Haas, an der Tagung, war für die ganze Versammlung die größte Freude. Mit ihrem kurzen, aber inhaltsreichen Vortrag über **„Die Frau in der Familie, der Kirche, Staat und Heimat gegenüber."** fand besonders auch die fraulich-mütterliche Seite der Frau Beachtung. Die Glanznummer unseres Programms war die prächtige **Heimatdichtung „Landfrauentag"**, verfaßt von unserer Führerin, Frau Klara Siebert, Karlsruhe. In hübscher Trachtenkleidung, die einer in früheren Zeiten im Kraichgau üblichen, nachgeahmt war, traten junge Mädchen auf, allegorisch für Philippsburg, Rheinsheim, Huttenheim, Oberhausen, Rheinhausen, Neudorf und Wiesental. In ihren Zwiegesprächen erzählten sie über Vergangenheit und Geschichte ihres Heimatsorts. Sie repräsentierten die Frauen und Mütter und zu ihnen gesellten sich die Kinder in weißen Kleidchen, mit blauweißen Fähnchen in den Händen. Die Kleinen priesen in sinnigen Sprüchlein „Mutterpflicht, Mutterliebe und Muttertreue." Am Schluß der Szene gab die Gruppierung von Mutter und Kinder auf der Bühne ein Bild voll packendster Wirkung. Unsere Tagung beehrten außer unserem Geistl. Beirat, Herrn Stadtpfarrer Katz und unserem Herrn Kaplan Armbruster, die hochwürdigen Herrn von Huttenheim, Rheinsheim und Rheinhausen mit ihrer Anwesenheit. Der begeisterte Appell an die Frauen von Seiten des hochw. Herrn Pfarrers von Huttenheim, daß sie in echter Religiosität, als Frau, Mutter und Staatsbürgerin an ihrem Platz sein sollen, ist sicherlich auf guten Boden gefallen. Die Vorsitzende des hiesigen Zweigvereins, Frau Marie Breitner, der die Leitung der Tagung oblag, dankte allen Anwesenden am Gelingen dieser harmonisch verlaufenen Tagung. Sie gedachte mit warmen Dank der Verfasserin der Heimatdichtung, Frau Klara Siebert, und schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß sie ein Auftakt sei zu vielen folgenden.

Mannheim, 22. März. (Eröffnung des Planetariums.) Heute nachmittag 5 Uhr fand vor einem Kreis geladener Gäste, unter denen sich die Spitzen der städtischen Behörden sowie Mitglieder des Stadtrates und Bürgerausschusses und Vertreter der Presse befanden, die feierliche Eröffnung des Planetariums in dem Luisenpark statt. Nach einem einleitenden Musikvortrag durch einen Schülerchor und ein Schülerorchester gab Oberbaurat Zingler Aufschluß über die Geheimnisse des Baues und des Projektors des Planetariums, worauf bei allmählicher Verdunkelung der nebenamtliche Leiter des Planetariums, Professor Klauser, Einblick in die Geheimnisse der Sternenwelt gab und schließlich die daran folgende Vorführung erläuterte. Mit einem Schlußwort von Oberbürgermeister Dr. Kutzer, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Planetarium dazu beitragen möchte, den Menschen wieder Ehrfurcht einzuflösen, und mit dem Vortrag des Liedes „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" fand der feierliche Akt sein Ende.

Dauchingen (A. Villingen), 22. März. (Tödlicher Unfall). Am Samstag fiel gelegentlich des Reinemachen der Zimmer das zweijährige Söhnchen eines Landwirts in einen Kübel heißen Wassers und verbrühte sich derart, daß er alsbald seinen Verletzungen erlag. Die bei dem Unfall anwesende, geistig etwas beschränkte Tante des Kleinen, der vor einigen Jahren schon einmal ein Kind tödlich verunglückt war, wurde in Haft genommen, jedoch mangels eines Schuldbeweises wieder freigelassen.

Neustadt, 22. März. (Waldbrand). Am Westhang des Schottenbühl brach gestern nachm. in dem der Stadt gehörigen Kulturen Feuer aus, das bei dem herrschenden Wind rasch um sich griff. Eine Fläche von ca. 1½ ha. wurde von dem Brand betroffen. Durch rasches Eingreifen gelang es, die Flammen einzudämmen, ehe sie an den Hochwald herankamen.

Müllheim, 23. März. (Herrenloses Geldbündel.) In einem Abteil des Zuges Freiburg—Basel fand ein Eisenbahnschaffner ein zusammengeknittertes Geldbündel, ein ansehnlicher Betrag, auf einer Bank liegend, vor. Der Verlierer hat sich noch nicht gemeldet.

Basel, 22. März. (Schweizer Mustermesse.) Die diesjährige Schweizer Mustermesse findet vom 2. bis 12. April statt. Es werden wieder tausend Firmen aller Fabrikationsgebiete jede geschlossen, in einer Halle untergebracht. In gewohnter Weise werden vertreten sein die Gruppen Elektrizität, Maschinen und Werkzeuge. In bedeutendem Umfange ist dieses Jahr auch die Textilindustrie anwesend. Neben zahlreichen Einzelausstellern werden an der Messe kollektiv teilnehmen der Verein schweizerischer Wollindustrieller, die Genossenschaft der Kunstseidenverbraucher in der Trikotagenbranche und der schweizerische Wirkereiverein. Sehr gut vertreten sind auch die Gruppen Schuh- und Lederwaren und Transportmittel. In der Gruppe Uhren- und Bijouterie wird eine gediegene Kollektivausstellung das Interesse auf sich ziehen. Auch in den übrigen Gruppen (z. B. Büro- und Geschäftseinrichtungen, Chemie und Pharmazie, Feinmechanik und Apparate) sind viele angesehene Firmen mit Spezialitäten für den Export vertreten. — (Zugunglück.) Der Abendzug, der von St. Moritz kommend durch den Macnacun-Tunnel fuhr, stieß auf einen mächtigen Felsblock auf, der sich losgelöst und die Schutzmauer durchbrochen hatte. Der Zug entgleiste. Der Lokomotivführer wurde auf der schwer beschädigten Lokomotive zerquetscht aufgefunden. In einem Wagen 3. Klasse wurden 6 Personen verletzt, davon zwei schwer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Partei

Ketteler-Feier in Neudorf

Der Staatspräsident als Gast

Neudorf, 20. März. Der kath. Männer- und Arbeiterverein Neudorf veranstaltete am letzten Sonntag als Abschluß eines staatsbürgerlichen Vortragskurses eine imposante Ketteler-feier zum Gedächtnis des großen sozialen Bischofs Emmanuel von Ketteler, dessen 50. Todestag wir dieses Jahr begehen. Der Saal der Brauerei Peter prangte in würdigem Festschmuck und war bis auf den letzten Platz besetzt. Von auswärts waren ebenfalls viele Gäste erschienen. Die Festrede hatte in hochherziger Weise Herr Staatspräsident Dr. Trunk übernommen, der von der Versammlung aufs freudigste begrüßt wurde. Der Kirchenchor unter der strammen Leitung des Herrn Oberlehrer Eberhard sang einen herzlichen Willkommensgruß. In der Begrüßungsrede gab Herr Bürgermeister Decker seinem Stolz und Genugtuung zum Ausdruck, den Staatspräsidenten in hiesiger Gemeinde empfangen zu dürfen. Nach einem stimmungsvoll vorgetragenen Prolog ergriff Herr Staatspräsident Dr. Trunk das Wort. Er dankte aufs herzlichste für die warme Begrüßung. Die Gegend in Neudorf sei ihm wohlbekannt. Die Leute seien meist, wie überall im badischen Lande, kleine Landwirte, Handwerker und Arbeiter, die sich mit viel Mühe, aber christlich durchs Leben schlagen. Zwei Jahrzehnte hindurch sei er durch seine berufliche und politische Tätigkeit mit diesen Leuten in engste Berührung gekommen und habe so deren Lebensverhältnisse würdigen gelernt. Sein Amt als Staatspräsident verpflichte zu einem gewissen Maß von Objektivität und Neutralität in der politischen Arbeit. Deshalb könne er nicht mehr wie früher allsonntäglich Versammlungen besuchen. Wenn es aber gelte, die Männer der Vergangenheit, wie einen Bischof Ketteler, zu ehren, so sei er gerne dabei. Nicht als Staatspräsident, sondern als Mitglied der Zentrumspartei wolle er zu der Versammlung sprechen.

Staatspräsident Trunk schilderte dann das kirchen- und sozialpolitische Wirken des Mainzer Bischofs, um auf die heutige politische und soziale Lage sprechen zu kommen. Die Zeiten von ehemals sind vorüber. Der letzte Rest der einstigen Staatsomnipotenz soll noch hinweggeräumt werden, der Kirche auch die selbständige Vermögensverwaltung gegeben werden. Das liberale übersättigte Bürgertum der sechziger Jahre sei durch Krieg und Inflation von seiner stolzen Höhe herabgeglitten. Wertvolle sozialpolitische Arbeit hat der neue Staat geleistet. Einem Manne, wie Dr. Brauns, der mit zäher Kraft und Weitblick schon jahrelang das Werk der sozialen Gesetzgebung ausbaut, seien wir zu größtem Dank verpflichtet. Außenpolitisch müssen wir der Verständigung der Völker näherkommen, ohne in einen verweichlichenden Pazifismus zu verfallen. Nicht engstirniger Nationalismus, aber auch nicht entwürdigender, feichter Pazifismus. Würde Ketteler heute wieder wieder kommen, er würde freudig den heutigen Staat und seine Errungenschaften bejahen. Der Staatspräsident schloß sein, mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen mit folgenden mahnenden Worten: Der Not ist genug gewesen. Stehen wir zusammen, um die Verhältnisse in sich auszugleichen, die Gesamtheit der Bevölkerung zu heben, und in der Zusammenarbeit mit der Kirche in treuem Vertrauen zu Gott unseren Weg zu gehen für uns und unsere Kinder.

Nach weiteren Gesangsvorträgen nahm Herr Vikar Gebert als Präses des Vereins die Gelegenheit wahr, dem Herrn Staatspräsidenten den Dank der Versammlung auszusprechen. In mehreren Abendvorträgen habe der Verein sich um die Frage des heutigen Staates bemüht. Deshalb freuen wir uns, den Repräsentanten des Staates in unserer Mitte weilen zu sehen. Wir sehen in dieser Tatsache die Idee einer christlich erfaßten Demokratie verwirklicht, daß der Führer des Volkes Fühlung nimmt mit den Massen des Volkes, auch des arbeitenden Volkes. Nur dann können wir mit neuer Vaterlandsliebe und Vaterlandsstolz erfüllt werden, wenn wir am neuen Staat mitgebaut haben, um ihn mit dem Geist eines Ketteler zu durchdringen, dem Geist sozialer Liebe und Gerechtigkeit.

Nachdem der Staatspräsident noch mit einigen Worten die Pflege der Familie, des Gemeinsinnes und der katholischen Tradition empfohlen hatte, nahm er Abschied von der Gemeinde Neudorf. Der Kathol. Arbeiter- und Männerverein kann mit berechtigtem Stolz auf einen Ehrentag in der Geschichte seines Lebens zurückschauen.

Beamtenfragen

Reichsbund der Amtmänner

Entsprechend dem Vorgehen der höhren Beamten, der Sekretäre und der Beamten der Gruppen 1—6 haben sich jetzt kürzlich in Berlin auch die oberen Beamten des Reichs und der Länder in dem Reichsbund der Amtmänner zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde der Justiz-Bezirksrevisor Schlegel (Berlin), gewählt. Der Reichsbund bildet eine horizontale Arbeitsgemeinschaft innerhalb des Deutschen Beamtenbundes. Er erstrebt vornehmlich die Festsetzung einer einheitlichen Vorbildung (Vollreife einer höheren Lehranstalt), die Vertiefung der Fachausbildung und die wissenschaftliche Fortbildung seiner Mitglieder. Die Verwirklichung dieser Bildungsziele liegt im Staatsinteresse, da die oberen Beamten in den letzten Jahren in immer verstärkterem Maße (als Hilfsdezerenten, Rechtspfleger usw.) zu den Aufgaben der höheren Beamten herangezogen worden sind und auf diese Weise — die Verwaltungsreform vorbereitend — zu einer Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung beigetragen haben.

Karlsruher Standesbuchauszüge.

Todesfälle. 22. März: Auguste Keller, Witwe von Albert, Kaufmann, 67 Jahre; Eva Bürkle, geb. Hassel, ohne Beruf, 56 Jahre. — 23. März: Herta Becker, 4 Monate 28 Tage alt, Vater: Wilhelm, Maschinenarbeiter.

Handel * Wirtschaft * Verkehr

Kursberichte

Berliner Devisen

22. März

	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	168,44	168,86	168,43	168,85
Buenos-Aires	1,778	1,782	1,776	1,780
Brüssel	58,51	58,65	58,49	58,63
Oslo	109,81	110,09	109,81	110,09
Kopenhagen	112,26	112,54	112,36	112,54
Stockholm	112,66	112,94	112,67	112,95
Helsingfors	10,594	10,634	10,594	10,634
Italien	19,17	19,21	19,43	19,47
London	20,439	20,491	20,435	20,487
Newyork	4,209½	4,219½	4,208½	4,218½
Paris	16,48	16,52	16,485	16,525
Schweiz	80,94	81,14	80,93	81,13
Spanien	74,07	74,25	75,04	75,22
Japan	2,069	2,073	2,066	2,070
Rio de Janeiro	0,497	0,499	0,497	0,499
Wien	59,21	59,35	59,21	59,35
Prag	12,462	12,502	12,46	12,50
Jugoslavien	7,385	7,405	7,39	7,41
Budapest	73,46	73,64	73,46	73,64
Sofia	3,04	3,05	3,045	3,055
Lissabon	21,565	21,615	21,555	21,605
Danzig	81,69	81,89	81,69	81,89
Konstantinopel	2,113	2,123	2,117	2,127
Athen	5,49	5,51	5,49	5,51
Kanada	4,205	4,215	4,204	4,214
Uruguay	4,235	4,245	4,235	4,245
Kairo	20,964	21,016	20,964	21,016

Berliner Effekten

	22. III.	23. III.
5proz. Dt. Reichsanleihe	—	—
5proz. Pr. Konsols	—	—
5proz. Badische Kohle	—	13,6
5proz. Pr. Roggen	9,5	9,5
5proz. Pr. Kali	6,32	6,32
Hapag	146,75	148,75
Nordd. Lloyd	142,5	143,5
Darmstädter Bank	278	281½
Disk. Kommand.	179,62	180,75
A. E. G. Stamm	160	162
Badischer Zucker	—	—
Bergmann	188⅛	189
Berlin-Karlsruher	99,25	99⅞
Bercelius	—	—
Deutsch-Luxemburger	182	183,75
Deutsch Kali	152	152,25
Dynamit Nobel	144	146
Elsässisch-Badische Wolle	53	52
Fuchs Waggon	0,5	0,5
Gaggenau	52	52
Hansa Dampf.	222,5	225
Deutsche Bank	186,25	187,75
Dresdener Bank	180,5	182,5
Deutsche Erdöl	184⅝	186
Gelsenkirchen	183	184
El. Unternehmen	246½	250
Gritzner	125¾	123
Hammersen	164	163
Harpener	220¾	223
Holzmann	188	188
Karlsruher Maschinen	44⅝	45½
Knorr	189	189,25
Kollm. Jourdan	90	89,5
Köln Rottweil	—	—
Leopoldsgrube	143,5	147
Mannesmann	8	7⅞
Maximilliansau	235,25	233
Neckarsulm	130	132,75
Oberbedarf	116	118
Orenstein	129,25	129½
Phönix	132⅝	134⅜
Romb. Hütte	11⅛	10⅝
Sinner	81,5	83
Zellst. Verein	149⅝	150
Zellst. Waldhof	260	263
Deutsche Maschinen	125	126⅞
Farben J. G.	297,25	303,75
Rheinische Stahlwerke	219¾	221⅛
Wieslocher Tonwerke	111	110,25

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 23. März. Funkspruch. Die Aktienmärkte konnten sich heute kräftig erholen, da die Geldsorgen bis zu einem gewissen Grade verringert sind, die aussenpolitische Situation eine günstigere Beurteilung fand und über einzelne Hauptpapiere des Terminmarktes vorteilhafte Mitteilungen vorlagen. So fand am Bankenmarkt der Abschluss der Kommerz- und Privatbank eine sehr befriedigende Aufnahme. Für die nächsten Tage erwartet man die Danatbankbilanz, wobei man mit Sicherheit auf einen Dividendenvorschlag von 12 Prozent bei einem Rekordabschluss rechnet. Für Elektrowerte stimmulierte die starke Nachfrage nach Siemens und Halske-Aktien, wobei von einer Aenderung der Gewinnverrechnung verlautete, durch die auch Schuckertaktien eine Anregung empfingen. Die Kursgewinne für Elektrowerte stellten sich bis auf 4 Prozent. Ferner fanden beträchtliche Umsätze bei eben solchen Steigerungen in Montanaktien statt, von denen wiederum Mannesmann im Mittelpunkte des Interesses standen (plus 4½ Prozent). Die Verhandlungen mit den Vereinigten Stahlwerken über einen Abschluss an Mannesmann sollen wieder aufgenommen sein und eine Annäherung der beiderseitigen Gruppen ergeben haben. Für Montanaktien trat das Rheinland mit beachtenswerten Kaufaufträgen hervor, das auch sonst im stärkeren Masse als Käufer auftrat. Unter Führung dieser Spezialpapiere nahm auch der Verlauf der Börse einen angeregten und festen Fortgang. In den Geldverhältnissen trat keine nennenswerte Veränderung ein. Monatsgeld soll mit 7 Prozent in grösseren Beträgen angeboten worden sein, während die Schätzungen für Märzreportgeld auf 7½ bis 8½ Prozent lauteten. Tagesgeld lag flüssig bei 3½ bis 5½ Prozent. Im Devisenverkehr hielt die gestern eingetretene Beruhigung an. London — Mailand nannte man mit 105.40, London Madrid mit 27.33. Das englische Pfund gegen Newyork bis 4.8560 und die Reichsmark gegen Newyork, die immer fester lag, 4,2137.

Am Montanaktienmarkt setzten Essener Steinkohlen 3 Prozent, Harpener 3½, Hoesch 3,25, Köln-Neuessener 2,75, Glöckner 2,25 Prozent höher ein. Rheinische Braunkohlen plus 3½, Rheinstahl plus 3,25, Riebeck Montan plus 3 Prozent. Kaliwerte notierten durchweg etwa 3 Prozent fester. J. G. Farbenindustrie, die später lebhaft gehandelt wurden, konnten den Kurs von 300 um einige Prozente überschreiten und gegen den letzten Vorkurs um etwa 6½ Prozent anziehen. Am Elektromarkt notierten bei äusserst angeregtem Geschäft zunächst Bergmann 4,25, A. E. G. 2 Prozent, Gesellschaft für Elektr. Lieferung 3½, Siemens und Halske 3,75 Prozent, Transradio 3,75 Prozent höher. Ludiwg-Löweaktien wurden unter Hinweis auf den Besitz der Gesellschaft an Elektroaktien gleichfalls 4 Prozent höher bewertet. Bemerkenswert fest lagen Textilwerte bei Berichten über einen zunehmenden Beschäftigungsgrad. Nordd. Wolle plus 6 Prozent, Vereinigte Glanzstoff plus 5 Prozent, Bemberg plus 6 Prozent, Bankaktien 1 bis 3 Prozent höher, Danatbank plus 3½, Bank elektrischer Werte plus 8 Prozent. Schiffahrtsaktien befestigt, namentlich Nordd. Lloyd (plus 4,75 Prozent). Von den Nebenwerten gewannen Hacketal Draht. Schultheiss plus 3½, Deutsche Staatsanleihen ruhig aber gut gehalten.

Wirtschafts-Rundschau

Geschäftsberichte

Darmstädter und Nationalbank.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien wird seitens der Verwaltung bemerkt: Die Erträgnisse auf dem Konsortial- und Effektenkonto sind, wie aus dem Einnahmenkonto hervorgeht, zur Schaffung einer besonderen Reserve von RM. 10 Millionen herangezogen, zum Teil zu weiterer innerer Reservestellung verwandt. Die Mostroguthaben bei Banken und Bankfirmen bestehen zu rund 70 Prozent aus Auslandsguthaben. Von den Bürgschaften sind RM. 38 049 167 in deutscher Währung und RM. 6 040 303 in fremder Währung geleistet. Von der Gesamtsumme der Gläubiger in laufender Rechnung entfallen rund 20 Prozent auf ausländische Guthaben. Hiervon sind rund 70 Prozent in ausländischer Währung gegeben. Der Umsatz von einer Seite des Hauptbuches betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 119 Milliarden Mark gegen rund 85 Milliarden Mark im Vorjahre. Die Liquidität stellt sich auf 61.17 Prozent gegen 55,53 Prozent, wenn Vorschüsse auf Waren- und Warenverschiffungen eingerechnet werden, auf 55,13 Prozent gegen 48,13 Prozent ohne diese.

In dem gross angelegten Geschäftsbericht wird der Versuch unternommen, die geistigen und materiellen Strömungen des Jahres 1926 zu erfassen, in dem Sinne, dass dieses eine Entwicklung nach oben genommen habe, die zu Beginn des Jahres nicht erwartet werden konnte. Es komme darauf an, festzustellen, ob es sich um eine zufällige oder anhaltende Entwicklung handelt. Die Untersuchung beschäftigt sich insbesondere mit der Entwicklung zum organischen Grossbetrieb und der Umwertung der Effektenmärkte. Es folgen Hinweise auf die Uebersetzung der sozialen Gesetzgebung und eine Stellungnahme gegen die Betätigung der öffentlichen Hand in der Privatwirtschaft und für die Abschaffung der Kapital-Ertragsteuer. Die Aufhebung dieser Steuer sei erforderlich, um das Ausland für deutsche Anlagen zu interessieren.

Ueber die Frage einer Kapitalerhöhung wird in dem Geschäftsbericht bemerkt, dass die Bank aus Gründen der Liquidität, die in erster Linie für die Entscheidung dieser Frage ausschlaggebend zu sein schienen, von einer solchen abgesehen habe. Nach Ansicht der Verwaltung seien die Rentabilitätsgrundlagen des deutschen Bankgewerbes aus dem laufenden Geschäft noch nicht hinreichend gesichert, um eine gleichmässige Dividendenpolitik auch bei hohem Kapital für gewährleistet zu halten. Die Bank ist nicht der Ansicht, dass die Höhe der Kreditoren ausschlaggebend für die Kapitalerhöhung sein müsse.

Im neuen Geschäftsjahre halte die bedeutsame Geschäftsausdehnung an. Kreditoren, Debitoren und Umsätze wiesen eher eine Steigerung auf.

Warenmärkte

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktennotierungen

Märkischer Weizen 266—269, märkischer Roggen 244—246, Wintergerste 192—205, Hafer märkischer 198—206, Mais loco Berlin 178—180, Weizenmehl 34,25—36,50, Roggenmehl 32,75—34,50, Weizenkleie 15,25, Roggenkleie 15, Viktoriaerbsen 42—59, Kleine Speiseerbsen 30—32, Futtererbsen 22—23, Peluschken 20—22, Ackerbohnen 20—23, Wicken 20—24, Lupinen blau 13,25—14,50, Seradella neue 21,50—24, Rapskuchen 15,5 bis 15,70, Leinkuchen 20—20,20, Roggenschnitzel 19,90—20, Soya Schrot 18,90—19,40, Kartoffelflocken 30—30,5.

Karlsruhe Börse

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Die ruhigen nordamerikanischen Notierungen verursachten eine allgemeine Zurückhaltung, nur prompte Futtermittel bleiben wie bisher gefragt. Die Umsätze erstrecken sich deswegen in der Hauptsache darauf. Deutscher Weizen 29,25—30, deutscher Roggen 26—26,75, Sommergerste 26,50—28,25, besonders schöne, insbesondere Pfälzer Qualität über Notiz, deutscher Hafer 21,50—22, Plata Mais, prompt und später, 18.50—19, Weizenmehl, Mühlenforderung 39.75—40. Roggenmehl, Mühlenforderung 37,25—38. Weizenfuttermehl, prompt, 15,50 bis 16, Weizenkleie, fein, prompt, 13.50—14, Weizenkleie, grob, prompt, 13.75—14,25, Roggenkleie 13.75—14,25, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Biertreber 16,25—17, Malzkeime 17—17,50, Trockenschnitzel 11,75—12, Speisekartoffel, gelbfl., 12,25—13,50, weissfl. 10,25 bis 11,25. Rauhfuttermittel: Loses Wiesenheu, gut, gesund trocken, 10—10,50, Luzerne 10,50 bis 11, Weizen-Roggenstroh drahtgepr. 4,50 bis 5, alles per 100 Kilogramm. Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bezw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Abteilung Weine und Spirituosen: Tendenz fest, Preise unverändert.

Vieh

Schweinemarkt in Bruchsal vom 23. März. Angefahren wurden: 97 Milchschweine und 23 Läufer. Verkauft wurden: 70 Milchschweine und 9 Läufer. Höchster Preis pro Paar Milchschweine 48 Mark, Läufer 65 Mark, häufigster Preis 40 bezw. 55 Mark, niedrigster Preis 35 bezw. 52 Mark.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 23. März. Aufgetrieben waren 120 Tiere und zwar: 3 Ochsen, 3 Kühe, 3 Farren, 75 Kälber, 36 Schweine. Marktverlauf mässig belebt. Markt geräumt. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Grossvieh und Schweine wie letzter Markt, Kälber b 78—82, c 73—77. Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schliessen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Schweinemarkt in Schwetzingen vom 23. März. Zum heutigen Schweinemarkt wurden 131 Milchschweine angefahren. Verkauft: etwa ¾ des Bestandes zum Preise von 32—50 RM. pro Paar. Marktverlauf sehr lebhaft.

Leder und Häute

38. Pfälzische Häute-Auktion

Die Pfälzische Häute-Verwertung e. G. m. b. H. in Ludwigshafen a. Rh. hatte am Donnerstag, 17. März im Bayer. Hiesl zu Ludwigshafen a. Rh. die von den Mitgliedern aus den pfälzischen Metzgerinnungen Annweiler, Bergzabern, Frankenthal, Edenkoben, Grünstadt-Dürkheim, Germersheim, Kandel, Hassloch, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Ludwigshafen, Landau, Landstuhl, Neustadt a. H., Pirmasens, Speyer, Winnweiler, Zweibrücken und Kusel angelieferten Februar-Grossviehhäute, Kalb- und Hammelfelle der Pfalz und zwar ca. 3400 Kalbfelle, 990 Rinderhäute, 430 Ochsenhäute, 450 Farrenhäute, 1280 Kuhhäute, 250 norddeutsche Häute und 120 Hammelfelle zur Versteigerung.

Die pfälzische Häuteauktion macht im Gegensatz zu den anderen öfters eine Ausnahme, so auch diesmal. Der Besuch war ausserordentlich gut und der Verkauf ging flott vonstatten. Die Tendenz war gut behauptet und es konnte alles abgesetzt werden. Bei den Grossviehhäuten traten kleine Schwankungen nach oben wie nach unten auf, die sich ziemlich die Wage hielten. Kälber bis 9 Pfund und norddeutsche waren 5 Pfg. pro Pfund niedriger, über 9 Pfd. 4 Pfg. und Hammelfelle 3 Pfg. pro Pfd. höher. Im einzelnen wurden pro Pfund in Pfennigen erlöst: Kuhhäute 30—49 Pfd. 62¾—68¼, mit Kopf 59; 50—59 Pfd. 73½—75¾, mit Kopf 55—58¾, 60—79 Pfg. 72—81½, mit Kopf 62½—73½, 80—100 Pfd. 79¼, mit Kopf 69½ bis 72, 100 Pfd. und mehr mit Kopf 72¼; Ochsenhäute 30—49 Pfd. 72¼, 50—59 Pfd. 76½, mit Kopf bis 59 Pfd. 67½, 60—79 Pfd. 81—87¾, mit Kopf 77, 80—100 Pfd. 79½ bis 83, mit Kopf 72¼—74¼, 100 Pfd. und mehr 79¼, mit Kopf 76¼; Rinderhäute bis 29 Pfd. 80½, 30—49 Pfd. 79¼—84, mit Kopf 73½ bis 77, 50—59 Pfd. 81¾—88¼, mit Kopf 70 bis 73¾, 60—79 Pfd. 87¾—90¼, mit Kopf 79¼—80¼, 80—100 Pfd. 87¾, mit Kopf 79¾; Farrenhäute bis 29 Pfd. 80½, 30—49 Pfd. 70¾ bis 72, mit Kopf 64¼, 50—59 Pfd. 65¼ bis 65¾, mit Kopf 61¼, 60—79 Pfd. 62—69¾, mit Kopf 60, 80—100 Pfd. 63½—64, mit Kopf 57¼, 100 Pfd. und mehr 62¼, mit Kopf 55¾; Schusshäute aller Gattungen und Gewichte 50¼, Kalbfelle bis 9 Pfd. 140, über 9 Pfd. 125, norddeutsche 110, Schusskalbfelle 75¾, Fresserfelle 83½; Hammelfelle wollig 72¾, Blösen 50, Lammfelle 42; norddeutsche Rinderhäute bis 49 Pfd. 62—68, über 50 Pfd. 65½, mit Kopf 61; Ochsenhäute norddeutsche aller Gewichte 61, mit Kopf 59¾, norddeutsche Farrenhäute über 50 Pfd. 53¾, mit Kopf 50; norddeutsche Kuhhäute bis 49 Pfd. 65¾, über 50 Pfd. 65¼, mit Kopf 55—58.

Metalle

Berliner Metallnotierungen

Elektrolythkupfer 128 Mark per 100 Kilogramm, Remelted Plattenzink (von handelsüblicher Beschaffenheit) 57,5—58,5, Original-Hütten-Aluminium 210, desgleichen in Walzen oder Drahtbarren 214, Reinnickel 340—350, Antimon Regulus 105—110, Silber in Barren 76 bis 77 Mark per 1 Kilogramm.

Pforzheimer Edelmetallpreise vom 23. März. Ein Kilo Gold 2795 Mark Geld, 2814 Mark Brief; ein Kilo Silber 75,50 Mark Geld, 77 bis 78,50 Mark Brief, ein Gramm Platin 12,60 Mark Geld, 13,10 Mark Brief.

Holz

Müllheim, 19. März. (Holzversteigerung.) Bei der letzten Holzversteigerung der Stadt Müllheim im Eichwald betrug der Anschlag der Eichen 120 und der Buchen 130 Prozent der Landesgrundpreise. Die Eichen wurden zum Teil (2. Klasse) mit 114 Prozent unter Anschlag, bei 3. und 4. Klasse mit 126 bezw. 120 Prozent verkauft und erzielten pro Festmeter 48 bis 96,90 Mark. Bei schöner Ware wurde wesentlich über dem Anschlag geboten. Buchen waren sehr begehrt und wurden zu folgenden Sätzen abgegeben: 1. Klasse 172 Prozent, 2. Klasse 144 Prozent, 3. Klasse 139 Prozent, 4. Klasse 150 Prozent, 5. Klasse 149 Prozent der Landesgrundpreise, d. h. 57 bezw. 41,70 bezw. 34,75, bezw. 30, bezw. 25,80 Mk. pro Festmeter.

Karlsruhe

den 24. März 1927

Beilegung des Lohnstreites in der badischen Holzindustrie

Aufgrund des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 21. März wurde der Lohnstreit in der badischen Holzindustrie beigelegt. Nach dem Spruch des Schlichtungsausschusses wird der Lohn ab 17. März um 4 Pfg. und ab 7. April um weitere 4 Pfg. in der Ortsklasse 2 erhöht. Die übrigen Lohnerhöhungen sind nach dem bisherigen Schlüssel zu errechnen. Von beiden Seiten wurde dem Schiedsspruch zugestimmt, so daß die Arbeit in den bestreikten Betrieben wieder aufgenommen worden ist.

Ausgleichsstellen oder Schiedsverfahren

Vom Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine e. V. wird uns geschrieben: Soeben hat der Reichstag beschlossen, an den § 52 des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter einen § 52a anzuschließen, der den oberiten Landesbehörden die Möglichkeit gibt, einer Klage auf Herausgabe von gewerblichen Räumen oder teueren Wohnungen ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt vorangehen zu lassen, das sogar von einem Mieter schon dann beantragt werden kann, wenn er eine bloße Räumungsklage „befürchtet". Bekanntlich haben einzelne Länder durch die gemeinsamen Bemühungen der Haus- und Grundbesitzerorganisationen, der betreffenden Handelskammern, Handwerkskammern und Vertreter des Einzelhandels vor einiger Zeit bereits sogenannte Ausgleichsstellen geschaffen, die sich bisher außerordentlich bewährten. Sie haben Mietern und Vermietern in gleicher Weise Schutz gewährt, und sogar die Behörden haben das gute Zusammenarbeiten und die infolgedessen zutage getretenen Vorteile dieser Ausgleichsstellen in den betreffenden Ländern — Preußen, Bayern und Baden — wiederholt anerkannt. Es scheint daher die neuerliche Einführung von Schiedsstellen im Sinne des § 52a unangebracht und überflüssig, zumal durch die den Ländern ermöglichte Einführung der Schiedsstellen der von Reichswegen begonnene Abbau der Wohnungszwangswirtschaft unterbrochen wird und von neuem Instanzen geschaffen werden sollen, die auch in Mieterkreisen nicht durchweg Zustimmung finden würden.

Die Bekämpfung der Schnaken

Das städtische Gaswerk hat in diesem Winter die Schnaken in den Kellern wieder vertilgen lassen. Bei diesem Verfahren werden aber nur die Schnaken erreicht, die an den Decken und Wänden sitzen. Die Mehrzahl sucht aber Schutz hinter Kisten, Holz und dergl.

Alle die Schnaken die dort überwintert haben, streben bei der jetzigen warmen Witterung ins Freie. Besonders am Abend sitzen sie zu Hunderten an den Kellerfenstern wo sie mit Leichtigkeit mit einem nassen Tuch getötet werden können. Da die Nachkommenschaft jeder einzelnen Schnake bis zum Herbst etwa 800 000 Stück betragen kann, ist jedes einzelne Tier von Wichtigkeit. Wir bitten deshalb die Kellerfenster nachmittags geschlossen zu halten und gegen Sonnenuntergang die besonders an den Süd- und Westfenstern sitzenden Schnaken zu töten. Die kleine Arbeit, die in wenigen Minuten getan ist, sollte jeden Abend geschehen.

Gemeinde-Getränkesteuer.

Von der Stadtverwaltung Karlsruhe wird uns geschrieben: Um die Getränkesteuer für die Gemeinde zu erhalten und dadurch den Ausfall von 625 000 Mk. im städtischen Voranschlag zu verhüten, was eine Steigerung der Umlage um 10 Pfg. zur Folge haben wird, hat der Stadtrat im Einvernehmen mit den übrigen deutschen Städten und der badischen Regierung in den letzten Wochen alle Schritte getan, die einen Erfolg im Sinne der städtischen Lebensnotwendigkeiten versprachen. In der Sitzung vom 22. März hat der Bürgerausschuß durch sein Verhalten bestätigt, daß er diesem Bestreben des Stadtrats zustimmt, und daß es unrichtig ist, wenn behauptet wird, die öffentliche Meinung fordere die Aufhebung der Getränkesteuer. Für den Einzelnen ist diese Steuer ja gering. Ihr Abbau kann auch nicht mit dem Beschluß des Reichstags vom vorigen Jahr begründet werden. Damals wurde erwartet, daß bis zum 1. April 1927 der Finanzausgleich endgültig geregelt sei, die Gemeinden also für den Wegfall der Einnahmen aus der Getränkesteuer hinreichend entschädigt wären. Es ist bekannt, daß dies nicht zutrifft. Demgemäß ist das Verlangen um Beibehaltung der Getränkesteuer nur gerecht. Daß der Wegfall dieser Steuer dem Konsumenten nicht den geringsten Vorteil im Preise der Getränke bringen wird, darüber besteht nirgends ein Zweifel.

Der Verein Karlsruher Presse (Karlsruher Journalisten- und Schriftsteller-Verein e. V.) hielt am Montag abend im „Krokodil" seine Jahreshauptversammlung ab, die sehr gut besucht war. Dem geschäftlichen Teil voraus ging ein hochinteressanter Vortrag des Vereinsmitgliedes Ministerialrat Dr. Barck über „Neue technische Methoden der Verbrecherbekämpfung". Redner ging von der Tatsache aus, daß der intellektuelle Verbrecher sich heute aus ganz anderen Kreisen rekrutiert wie vor dem Kriege, wodurch eine gesteigerte Tätigkeit des verbrecherischen Willens und eine Leistungsfähigkeit erzielt werde, wie man sie früher nie gekannt hatte. An Hand eines vorzüglichen Anschauungsmaterials wies Herr Dr. Barck in etwa einstündigem Referat auf die modernen Methoden hin, die im Kampfe mit dem Verbrechertum angewendet werden, insbesondere auf die Fortschritte der Dactyloskopie, der Polizei-Photographie und des polizeilichen Funkverkehrs, wobei der Wert der Tätigkeit des akademischen Fachmannes neben der des Polizei-Fachmannes nachdrückliche Hervorhebung fand. Der außerordentlich instruktive Vortrag wurde seitens der Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zur Tagesordnung erstattete hierauf der Vorsitzende des Vereins, Landtagsabgeordneter Dees, den Geschäftsbericht und der Rechner, Redakteur Binder, den Kassenbericht, die beide ein erfreuliches Bild von der Entwicklung des Vereins Karlsruher Presse ergaben. Bei den Vorstandswahlen wurden folgende Herren einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Generalsekretär und Landtagsabgeordneter Dees, stellv. Vorsitzender Chefredakteur Meyer (Bad. Beobachter), Schriftführer Frhr. v. Seckendorff (Pressestelle der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels), Kassier Redakteur Binder (Bad. Presse), Beisitzer: Chefredakteur Amend (Karlsruher Zeitung), Chefredakteur Dr. Schneider (Bad. Presse), Regierungsrat Weißmann (Presseabteilung des Bad. Ministeriums des Innern), Redakteur Winter (Volksfreund) und Chefredakteur Stolz (Telegraphen-Union); neu in den Vorstand gewählt wurde Herr Chefredakteur Steufmehl (Wolff Telegraphen-Büro). Im Anschluß an die Regularien gelangte eine Reihe interner Anglegenheiten des Vereins zur Aussprache, wobei sich volle Einmütigkeit in den Beschlüssen ergab.

Das Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden soll beim Vorliegen genügender Anmeldungen schon auf die Osterfeiertage eröffnet werden für Frauen, Mädchen und ältere Ehepaare aus Karlsruhe. Soweit der Platz reicht, können auch Auswärtige aufgenommen werden. Das Heim liegt 305 Meter hoch auf dem Annaberg am Fuße des Merkur in unmittelbarer Nähe der elektr. Straßenbahn und bietet eine prachtvolle Aussicht auf Baden und die umliegenden Berge. Es ist sehr gut eingerichtet und hat 28 Zimmer mit 1 und 2 Betten für Gäste, einen Lese-, einen Speise- und einen Gesellschaftssaal. Der Verpflegungssatz beträgt für Karlsruher Selbstzahler 4.50 Mk., für Kassen und Auswärtige 5 Mk. Dafür werden neben Unterkunft, Heizung und Beleuchtung als Ver- Unterkunft, Heizung u. Beleuchtung als Verpflegung geboten 1. u. 2. Frühstück, Mittagessen, Nachbedürftige Frauen und Mädchen und ältere Ehepaare bietet das Heim eine ideale Unterkunft, zumal sich auch die Möglichkeit bietet, eine Badekur damit zu verbinden. Anmeldung und Auskunft beim Städtischen Krankenhaus Karlsruhe.

Sammlungserlaubnis. Dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz in Karlsruhe und seinen Unterorganisationen wurde die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden am 12. Juni 1927, im Rahmen des „Rotkreuz-Tages", Straßensammlungen, Konzerte, Verkauf von Blumen, Vorträge und ähnliche Werbeveranstaltungen zugunsten der Aufgaben des Roten Kreuzes durchzuführen.

Badische Lichtspiele. Die Badischen Lichtspiele Karlsruhe bringen vom Samstag, den 26., bis Mittwoch, den 30. März, in ihrem Programm ein Filmwerk, auf welches wir die Leser unseres Blattes ganz besonders aufmerksam machen möchten: „Der schwarze Zyklon". Es handelt sich um einen Pferdefilm, die Pferde werden darin aber nicht, wie bei Reit- und Fahrfilmen, nur als lebendige Werkzeuge des Menschen gezeigt, sondern sie handeln vollkommen als Schauspieler, die ein vielaktiges Stück durchspielen und dabei doch ganz und gar frei, wilde Tiere bleiben, ohne daß man einen menschlichen Regisseur oder Dresseur auch nur argwöhnt. In der wildsteinigen Steppenlandschaft des amerikanischen Westens ist heute noch wie vor Urzeiten König das wilde Pferd. Hier begeben sich die Lebensschicksale des „Schwarzen Zyklon", eines Rapphengstes von ungewöhnlicher Kühnheit und Stärke, der als kleines, schutzloses Fohlen seine Mutter durch tückischen Schlangenbiß verlor und nun, allein auf sich angewiesen, den harten Kampf ums Dasein allen Gefahren zum Trotz aufnehmen mußte. Als der „Schwarze Zyklon" erwachsen war, suchte er sich eine Gefährtin, die er in „Lady" fand. Den weiteren Erlebnissen Beider ist das Schicksal eines jungen Menschenpaares in Parallele gestellt. Das wilde Tier findet sich zum freien Menschen, sie werden aufeinander angewiesen und helfen sich gegenseitig, die Nebenbuhler zu überwinden, die ihr Lebensglück bedrohen; hier einen gefährlichen Raufbold und Pferdedieb, dort einen mächtigen Scheckhengst mit bösen, hellen Glasaugen, dem „Totschläger". Nach hartem Kampf und endgültigem Sieg können sich beide Teile wieder vereinigen; sich küssend, steht das junge Menschenpaar, während das Pferdepaar zärtlich die Köpfe aneinander reibt. Bilder meisterlicher Reiterleistungen, urwüchsiger und wilder Kraft, aber auch rührender Anhänglichkeit und Liebe zwischen Mensch und Tier, wie sie nur das Aufsichangewiesensein in beständig gefahrdrohender Wildnis hervorbringen kann, zeigt uns dieser einzigartige Film. Vor allem aber staunt man, wie das alles zuwege gebracht ist. Irgend eine unsichtbare, treibende und gestaltende Menschenkraft muß ja dabei im Spiele sein, aber sie lenkt dieses ebenso meisterhaft wie unmerklich, und man hat den Genuß eines Einblicks ind das Präerie-Pferdeleben des amerikanischen Westens, der lange noch nachwirkt.

Unfall. Ein lediger 23 Jahre alter Telegraphenarbeiter rutschte am Dienstag vormittag beim Legen eines Kabels in der Hans Sachsstraße aus und fiel von einer fast zwei Meter hohen Pritsche rücklings auf den zementierten Gehweg. Er trug eine Gehirnerschütterung davon und mußte in das Städtische Krankenhaus aufgenommen werden.

Ein Kaminbrand entstand am Dienstag vormittag im Hintergebäude eines Hauses der Marienstraße. Das Feuer, welches keinen Schaden anrichtete, wurde durch die Feuerwache gelöscht.

Festgenommen wurden: Ein lediger, 20 Jahre alter Geschäftsführer von Freiburg, weil er z. N. seiner Firma Schmieröl im Werte von 8000 Mark entwendete und verkauft hat, und ein 46 Jahre alter verheirateter Fuhrunternehmer von hier wegen Hehlerei; er hat einen Teil des Oeles, obschon er wußte, daß es gestohlen war, an sich genommen; zwei Lehrlinge aus Rüppurr wegen Einbruchdiebstahls; ein 36 Jahre alter, verheirateter Kaufmann von hier und ein lediger, 23 Jahre alter Ingenieur aus Bulach wegen Betrusversuchs und Aufforderung zu einem Verbrechen; ein 45 Jahre alter, lediger Arbeiter aus Basel, welcher vom Amtsgericht hier wegen Diebstahls i. R. gesucht wurde; ein 24 Jahre alter, lediger Arbeiter von hier wegen erschwerten Diebstahls; ferner 8 Personen wegen sonstiger strafbarer Handlungen.

Zur Anzeige gelangte ein verheirateter Kaufmann von hier wegen Vergehens gegen das Reichsmietengesetz (Mietzinsüberforderung).

Uebel & Lechleiter
Päpstl. Hoflieferant.

wohlfeile 2730
Pianos
Günstige Zahlungs-Bedingungen
Alleinige Niederlage
H. Maurer
Kaiserstrasse 176
Ecke Hirschstrasse

BADISCHE LICHTSPIELE
KONZERTHAUS
Samstag, 26. bis Mittwoch, 30. März
jeweils abends 8 Uhr
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
Sonntag, 27. März nur 4 Uhr nachmittags
Erstaufführung
Der schwarze Zyklon
Der Roman eines wilden Pferdes
in den mexikanischen Steppen.
Im Beiprogramm:
Reichsschiff „Barbara"
Bau und erste Ausfahrt der grössten
Flettner-Rotor-Schiffes 2338
Musikbegleitung
Preise: Mk. —.60, 0.80, 1.—, 1.30, 1.60, 1.80
Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis
halbe Preise
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr.

Brandstiftung. Ein 58 Jahre alter Händler von hier hat am Dienstag vormittag die Wohnung seiner Braut, bei der er wohnte, in einem Hinterhaus in der Zähringerstraße aus Rache in Brand gesteckt. Ein Bett verbrannte vollständig, teilweise wurde auch das Gebäude beschädigt. Der Täter konnte am Dienstag abend festgenommen werden.

Veranstaltungen

Bad. Konservatorium für Musik. Am Vorabend von Beethovens 100. Todestag (Freitag, den 25. März, abends 8 Uhr), wird das Bad. Konservatorium für Musik mit seinen vorgeschrittensten Schülern im Bürgersaal des Rathauses ein Gedächtniskonzert veranstalten, das neben drei Instrumentalkompositionen eine Reihe seiner bedeutensten Lieder, unter anderem die sechs geistlichen Gesänge nach Texten von Gellert bringen wird. Durch den sehr mäßigen Eintrittspreis von 50 Pfg. wird der Besuch dieses reichhaltigen Konzertes jedem Musikinteressierten zugänglich gemacht.

Hildegard Farro v. Fabek, die hiesige Altistin, von ihrem erfolgreichen Wirken am Karlsruher Landestheater her als hervorragende Gesangskünstlerin bekannt und geschätzt, hat sich entschlossen, in ihrer Vaterstadt als Liedersängerin wiederum an die Oeffentlichkeit zu treten und zwar kommenden Dienstag, den 29. März. Den Klavierpart hat Herr Dr. Hanns Rohr übernommen, der ebenfalls mehrere Jahre am hiesigen Theater tätig war und jetzt der Leiter der Konzerte der Konzertgesellschaft in München ist. Die Kartenausgabe besorgt die Konzertdirektion Kurt Neufeldt.

Beethoven's Missa solemnis. Um Irrtümern vorzubeugen, sei hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß die kürzlich veröffentlichte Notiz „Beethovenfeiern" nicht Bezug auf die Aufführung der „Missa" durch die Mannheimer Volks-Singakademie hat, die auf Sonntag, den 3. April angesetzt ist, und dadurch in den Rahmen der von der Konzertdirektion Kurt Neufeldt veröffentlichten Beethoven-Gedächtnis-Woche mit einbezogen werden konnte, die vom 28. März bis 3. April stattfinden wird, mit der Missa also ihren krönenden Abschluß findet. Wie wir hören ist das Interesse für diese außergewöhnliche Veranstaltung über alle Erwartung rege, es ist daher ratsam, rechtzeitig Karten im Vorverkauf zu lösen.

Filmvortrag. Die Aufführung des neuen Fordfilm findet am Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr, im Konzerthaus statt. Der Film der von dem Vortragenden Herrn Ingenieur W. G. Dienes selbst in den Fordwerken aufgenommen wurde, gibt Einblick in einige ganz neue Fabrikationsmethoden und Abteilungen der Fordwerke. Der Bau und die Verwendung der Traktoren werden gezeigt, ebenso das Gießen am Bande und das große von Ford veranstaltete Zuverlässigkeitsfliegen. Karten sind in der Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstr. Ecke Ritterstr., sowie an der Abendkasse erhältlich.

Aus den Vereinen

Der Kathol. Männerverein Karlsruhe-Süd hatte seine Mitglieder auf Dienstag, 22. März, in den Saal des Canisiushauses zu einem Vortragsabend eingeladen. Herr Landtagspräsident Dr. Baumgartner hatte sich in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, über die parlamentarische Arbeit zu referieren. In eineinhalbstündigem Vortrage behandelte der Herr Redner eine ganze Anzahl staatsrechtlicher Begriffe, sowie die Technik im Parlament. Ausgehend von der Bedeutung und den Aufgaben einer demokratischen Republik wurde die Stellung des katholischen Christen innerhalb dieser Staatsform erörtert; außerordentlich dankenswert war insbesondere die klare Herausstellung des Verhältnisses von Gottesgewalt und Staatsgewalt und die Vergleichung der Auffassung über die Staatsgewalt in der vorrevolutionären und in der späteren Zeit. Es folgten Ausführungen über die reichs- bzw. staatsrechtlichen Gewalten (Regierung, Parlament, Reichspräsident, Reichsrat usw.) sowie über die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern. In den z. Zt. wieder hervortretenden Kämpfen um die Gestaltung des Finanzausgleiches spiegle sich auch der Kampf zwischen Unitarismus und Föderalismus, zwischen Einheitsstaat und gegliedertem Staat wieder. An Hand praktischer Beispiele erörterte der Herr Redner die Bedeutung der Frage der Zentralisierung bezw Dezentralisierung. In klaren Worten bekannte er sich als einen überzeugten Verteidiger des föderalistischen Gedankens, speziell die südwestdeutsche Grenzmark Baden müsse es geradezu als eine Lebensnotwendigkeit erachten, für die Erhaltung der wenigen den einzelnen Ländern noch verbliebene Rechte einzustehen. Vor allem dürften auch jene Tage nicht vergessen werden, wo gerade vom Süden her jene starken Kräfte kamen, die imstande waren, das Reich überhaupt noch zu erhalten. Mit besonderem Interesse wurden auch die Ausführungen über die geplante Wahlreform aufgenommen. Die Vorteile sowie die Gefahren beider Systeme (des z. Zt. bestehenden Listenwahlsystems und des geplanten beschränkten Einerwahlsystems) wurden verglichen und eingehend besprochen. Den Schluß des interessanten Referates bildete die Erläuterung über die Geschäftsordnung im Parlament, über den Sinn und das Wesen der Ausschüsse, über den Begriff Immunität, über die Entstehung und Behandlung von Gesetzesvorlagen usw. Endlich wurden noch zwei Gesetzesvorlagen (das Kirchenvermögensgesetz und das Baudarlehensgesetz) kurz besprochen. Die Ausführungen fanden einen überaus starken Beifall und hatten noch eine lebhafte Diskussion zur Folge. Mit dem aufrichtigsten Dank an den Herrn Referenten konnte der Vorsitzende, Herr Regierungsrat Eichenlaub, den Vortragsabend schließen.

Kath. Jungmänner-Bund Karlsruhe-Mühlburg. Der kath. Jungmänner-Bund Karlsruhe-Mühlburg veranstaltete am 21. März 1927 einen Musikabend unter dem Motto: Der Frühlingsanfang. Bundesbruder Karl Kistner erfreute mit einigen gutgelungenen Gesangsvorträgen die Anwesenden unter der Begleitung von Fritz Maag am Klavier, die reichen Beifall fanden. Die Kapelle Deck, aus der besonders der erste Geiger als Solist, Herr Röth, hervorragendes bot, mußte mehrere Beigaben geben. Geistlicher Beirat, hochw. Herr Kaplan Schlenker sprach einige Worte über den Frühlingsanfang und brachte auch unter anderem einige Gedichte zum Vortrag, die sich dem Rahmen der Veranstaltung würdig anpaßten. Die in allen Teilen gut gelungene Veranstaltung beweist, daß die Vereinsleitung bemüht ist, den Mitgliedern durch gute und gediegene Darbietungen das Interesse für den Bund wachzuhalten. Wir rufen die Jungmänner von Mühlburg, soweit sie noch nicht in unserem Bunde sind zur Mitarbeit auf, denn nur durch Einigkeit und Geschlossenheit innerhalb unserer Vereine kann großes geleistet werden.

Spiel und Sport

Bad. Waldlaufmeisterschaft 1927.

Am Sontag, den 27. d. M., trägt der Bad. Landesverband für Leichtathletik die Bad. Waldlaufmeisterschaft 1927 in Karlsruhe aus. Die Meisterschaft wird sowohl im Einzel- wie im Mannschaftslauf durchgeführt, wobei jede Mannschaft aus vier Läufern besteht. Teilnahmeberechtigt sind sämtliche in Baden ansässigen Deutschen, ohne Unterschied der Verbandszugehörigkeit.

Gleichzeitig mit der Bad. Waldlaufmeisterschaft gewann auf die Waldlaufmeisterschaft des Bad. Polizeisportverbandes zur Abhaltung. Die Durchführung beider Läufe ist dem Polizeisportverein Karlsruhe übertragen worden, so daß für eine mustergültige Veranstaltung Gewähr geboten ist.

Die Waldlaufstrecke führt vom Polizeisportplatz in der südwestlichen Ecke des Flugplatzes über einen Teil des Flugplatzes, von dort aus ständig auf Waldwegen durch den Hardtwald nach dem Schützenhaus, dem Engländerplatz und endet wieder auf dem Polizeisportplatz. Ein großer Teil des Laufes ist vom Polizeisportplatz aus gut zu verfolgen.

Badische Landeswetterwarte

Ausgegeben am Mittwoch

Die großen südlich von Island liegenden Zyklone beginnen nunmehr ihren Einfluß auf das europäische Festland auszudehnen. Bereits gestern nachmittag hatte uns nach einem noch heiteren Vormittag Aufgleichgewölk erreicht. Seither herrscht in ganz Baden wolkiges Wetter. In einzelnen Gegenden Nordbadens ist es heute morgen zu Niederschlägen gekommen. Es steht für die nächsten Tage eine Periode trüben, wolkigen Wetters mit vereinzelten Niederschlägen in Aussicht.

Wetteraussichten für Donnerstag, 24. März: Wolkig, zeitweise Regenfälle, fortdauernd mild.

Wasserstand des Rheins: Waldshut 220, gef. 5 Ztm.; Schusterinsel 118, gef. 1 Ztm.; Kehl 255, gef. 5 Ztm.; Maxau 420 Ztm.; Mannheim 316 Ztm.

Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wilhelm Johner, Karlsruhe i. B., Hauptschriftleitung: J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichtendienst, Politik und Handel: Dr. Willy Müller-Reif, für auswärtige Politik und Feuilleton: Dr. H. A. Berger, für Anzeigen und Reklamen: Joseph Huber, sämtliche in Karlsruhe, Adlerstraße 42.
Rotationsdruck der Badenia, A.-G.
Berliner Redaktion:
Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brückenallee 13.

Die neuen
Kleider-Stoffe
zu außerordentlich günstigen Preisen

Popeline 85/100 cm breit	3.75 2.90	**2.45**
Woll-Rips 130 cm breit	9.75 6.75	**4.90**
Schatten-Rips neue Bindung 130 cm breit		**6.75**
Charmeen und Royal 130 cm breit	8.50	**7.75**
Jacquard-Stoffe für Mäntel und Kostüme		**9.75**
Shetland 135/150 cm breit	9.50	**6.50**
Karos schwarz-weiß, 90/130 cm breit	7.75 4.75	**2.90**
Schotten neue Farbstellung	2.90-1.80	**0.95**
Pullover-Stoffe	3.90, 2.90, 2.25, 1.75	**0.95**
Imprägn. Mantelstoffe	11.75	**8.—**
Grisly-Trikot 140 cm breit, neue Farben		**10.50**
Wasch-Samt echtfarbig	2.75	**1.95**

Deutsche und englische
Herren-Stoffe
in reichster Auswahl

Besichtigen Sie unsere Spezial-Ausstellung
W. Boländer

Nutzholzverkauf.

Bad. Forstamt Huchenfeld in Pforzheim (Forststraße 1, Fernsprecher 2151) verkauft freihändig etwa 3200 Festmeter Nadelrundhölzer aller Klassen, darunter 960 Festmeter Forlen, aus Staatswalddistrikten I, II, III, VII, IX, XIII und XIV. Angebote nur in ganzen Prozenten der L. G. P. bis längstens Mittwoch, den 30. März d. Js., nachmittags 4 Uhr erbeten. Vorzeiger: Forstwarte Schucker und Martus in Büchenbronn, Förster von Au in Buchenfeld, Oberforstwarte Bommer in Hamberg und Volkert in Neuhausen. Listenauszüge durch das Forstamt.

Erholungsheim
für Mädchen und Frauen in Marxzell

wiedereröffnet auf 9. April d. Js. Verpflegungssatz bei 5 Mahlzeiten (3 Haupt- und 2 Zwischenmahlzeiten) täglich Mk. 3.50. Anmeldung und Näheres bei der Leiterin des Heims in Marxzell und beim

Badischen Frauenverein Karlsruhe, Kaiserallee 10

Katholische Dame, gesetzten Alters, bewandert in der Krankenpflege und der Wohlfahrtsfürsorge, **sucht für sofort oder später als**

Vorsteherin od. Leiterin

geeignete Stelle in **Erholungs- oder Erziehungsheim.** — Prima Referenzen zu Diensten. Evtl. persönliche Vorstellung jederzeit möglich. Offerten unter Nr. 477 an die Geschäftsstelle.

Für nur **10 M. Anzahlung** und kleine wöchentl. Raten erhalten Sie ein 2756
Ia. Marken-Fahrrad
Nähmaschine, weiss **Gas- oder Kohlenherde.** Gebrauchte **Fahrräder** sowie sämtliche Ersatzteile.
Reparaturen staunend billig.
Fahrrad-Kunzmann
Zähringerstrasse 46.
Versand franko!

Mieter- und Bauverein Karlsruhe
e. G. m. b. H.

Wir haben zu vermieten:

auf 1. Mai d. Js. in der Gervinusstr. 6, 4. St. eine Wohnung von 2 Zimmer und Zubehör;

auf 1. Mai d. Js. in der Kriegsstraße 171 1. St. eine Wohnung von 1 Zimmer und Zubehör;

auf 15. Mai d. Js. in der Frühlingsstr. 1, Hths lks., 1. Stock rechts, eine Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör;

auf 1. Juli d. Js. in der Boeckhstr. 21, 3. St., eine Wohnung von 4 Zimmern und Zubehör.

Bewerbungen von Mitgliedern wollen bis spätestens Samstag, den 26. d. Monats im Büro, Ettlingerstr. 3, erfolgen. Die Verlosung findet am Dienstag, den 29. März d. Js., abends 6 Uhr, daselbst statt.

Karlsruhe, 22. III. 27

Der Vorstand.

Türschoner

und Schrank-Schirmhalter aus Celluloid in all. Grössen. Farben u. Formen kauft man bei
Eduard Isenmann.
Bruchsal
Telefon Nr. 70
Man verlange kostenlose Muster und Preisliste

Die Missionskasse des Hl. Vaters

leidet bittere Not! Wichtige und drängende Aufgaben der Ausbreitung des katholischen Glaubens in den Heidenländern müssen immer wieder zurückgestellt werden, weil das Geld dazu fehlt. Die Frontkruppen des Papstes, die katholischen Missionare und Schwestern in den Heidenländern, entbehren dazu oft des Allernotwendigsten. Viele Hunderte ihrer Bittgesuche können nicht berücksichtigt werden, weil die Kassen leer sind. Dringend fordert Papst Pius XI. zu geldlicher Unterstützung auf. Helfen wir ihm! Geldspenden aller Art leitet an die päpstliche Kasse weiter der

Franziskus Xaverius Missionsverein in Aachen
Postscheckkonto Köln 47 860
Deutscher Zweig des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung.
Kein Geld in gewöhnliche Briefe legen. 403

Der Büffel-Beize Eigenschaft Sind Spiegelglanz u. Farbenkraft.

Büffel-Beize, Oelwachs-Beize gibt als färbende Bohnermasse alten und neuen Bretterböden in einem Arbeitsgang Farben warm wie ein Linoleumbelag u. einen parkettähnlichen Hochglanz. Ist lichtecht, vollkommen naßwischbar und kinderleicht aufzutragen. Darum fort mit den gewöhnlichen Bodenbeizen, Bodenöl und Lackfarbe! Verlangen Sie aber stets ausdrücklich Büffel-Beize und lassen Sie sich ja nichts anderes als ebenso gut oder besser aufreden, weil Büffel-Beize in ihrer Glanzwirkung, Färbkraft und Farbechtheit unter all ihren zahllosen und zum Teil ähnlich lautenden Nachahmungen unerreicht dasteht! Ihr Parkett reinigen Sie nicht mehr mit Stahlspänen oder den gewöhnlichen Parkettreinigern, sondern mit „Büffel-Bleicher" und zum Bohnern von Parkett und Linoleum verwenden Sie nur noch die Hartglanz-Bohnermasse „Büffel-Glanz"!

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 22. März meinen lieben Mann und treubesorgten Vater, Bruder, Neffen, Onkel und Schwager

Joseph Stangl
Revisionsoberinspektor

nach schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, zu sich ins Jenseits abzurufen.

Karlsruhe, den 23. März 1927.

Klara Stangl, geb. Pauli
Elisabeth Stangl
Heinrich Stangl, Mannheim.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, 24 März, nachm. 3 Uhr, auf dem Mühlburger Friedhof, der Trauergottesdienst Freitag früh 7 Uhr in der St. Peter und Paulskirche.

Kathol. Männerverein Badenia Karlsruhe-Mühlburg
Todes-Anzeige.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Vereinsangehörigen von dem Ableben unseres lb. Mitgliedes, Herrn

Jos. Franz Stangl
Rev.-Oberinspektor

in Kenntnis zu setzen.

Die Mitglieder werden gebeten, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen.

Trauerh.: Sofienstraße 165.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. März, nachmittags 3 Uhr auf dem Mühlburger Friedhof statt.

Karlsruhe, 23.3.1927

Der Vorstand.

Brotpreise
ab 23. März 1927

500 gr Halbweißbrot	24 Pf.
1000 gr Halbweißbrot	48 „
750 gr Kornbrot	30 „
1000 gr Kornbrot	40 „
1500 gr Kornbrot	88 „
750 gr Roggen- oder Bauernbrot	30 „
1500 gr Roggen- oder Bauernbrot	56 „

Freie Bäckerinnung Karlsruhe

Halbtagsmädchen

von morgens 8 Uhr bis mittags 12 Uhr **gesucht.**
Steinstr. 19, II.

Geschäfts-Verlegung!

Meiner verehrl. Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich meine Geschäftsräume von **Kaiserstr. 164** nach

Ritterstr. 8, II. Etage neben Tietz

verlegt habe.

Aussteuer-Spezial-Haus
Lippmann Dreyfuss
Ritterstrasse 8

Chaiselongue 2558
neue, v. 35.ℳ an
Diwane
neue, gutgearb. von 80 ℳ an

Telefon 4419
Polstermöbelhaus R. Köhler, Schützenstr. 25

Schlafzimmer-Bilder

Preiswerte Bilder für alle Räume. Einrahmungen
Valentin Schläfers Kunsthandlung
Kaiserstr. 38

Christoph Ehehalt
Karlsruhe, Karlstr. 23

empfiehlt sich für

Blechnerei-, Gas- und Wasserleitungs-Anlagen

Anschlüsse an die Entwässerung

Bad- und Closet-Einrichtungen

sowie allen in dieses Fach einschlagenden Arbeiten und Reparaturen unter Zusicherung prompter solider Bedienung, billigster Berechnung.

Bestellungen auch Baumeisterstr. 14 III.

Noch **grosse Auswahl**
in hochpolierten
Schlafzimmern
(Birke, Kirschbaum, Palisander, Mahagoni)
in bester Qualität, zu weit herabgesetzten Preisen
da nur noch **8** Tage 2856
Ausverkauf
Möbelhaus Carl Aug. Marx
Karl-Friedrichstr. 24 (Rondellplatz)

Ab 1. April am Marktplatz (Handelshof)

Nehmt **Musikunterricht**
bei der **Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes.**
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 388

Baumaterialien-Großhandlung
Julius Graf & Cie.
Karlsruhe G. m. b. H. Karlsruhe
Telef. 6926 und 6927 Grünwinklerstr. 6

Alle Sorten Baustoffe
Dyckerhoff-Cement, Wieslocher Dachziegel Hourdis, feuerfeste und Chamotte-Steine, Asphalt und Dachpappen usw., Steinzeugröhren, Cementröhren, alle Kanalis.-Artikel
Ausführung von Plattenarbeiten
alle Sorten Boden- u. Wandplatten für Hausgänge, Küchen, Bäder, Restaurants, Läden, Kühlanlagen, Fabriken, Kirchen, Schulen.

„Meerstern", Privat-Aufbau-Realschule mit Internat.
Meersburg a. Bodensee.

Gegr. v. kath. Caritasverband v. Konstanz geleitet von Schulbrüdern v. hl. v. La Salle. Einzig schöne und äusserst gesunde Lage erstklass. Einrichtungen. Französ. u. Englisch bes. gepflegt. Gewissenhafte Ueberwachung. Aufnahme von ca. 12 Jahren an.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 24. März
D 20 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 1001—1100
Paulus unter den Juden
von Franz Werfel
In Szene ges. v. F. Baumbach
Marullus Kloeble
Aulus Frisius Hofbauer
Pinchas Müller
Der Hohepriester Prüter
Chanan Dahlen
Matthias Bock
Rabban Gamaliel Herz
Rabbi Schimon Leitgeb
Rabbi Jaddock v. d. Trenck
Rabbi Huna Höcker
Rabbi Meir Schneider
Der Rabbi Beschwörer Brand
Ein Schüler Gamaliels Möderl
Ein Schüler Jaddocks Weidner
Jakobus Gemmecke
Simon Petrus Kienscherf
Barnabas Graf
Paulus Hierl
Eine Nazaräerin Frauendorfer
Römische Soldaten Kuhne, Dr. Storz
Der galiläische Mann Mehner
Die galiläische Frau Genter
Der galiläische Knabe Dennig
Der Priestervorsteher Brand
Eiferer: Kuhne, Mehner, Dr. Storz
Ein Levite Weidner
Anfang halb 8 Uhr
Ende geg. halb 11 Uhr.
1. Sperrsitz 5.—
Fr., 25. März. Tiefstand.
Sa., 26. März: Die Welt in der man sich langweilt.

Noch einige **kaufmännische**
Lehrstellen
für Knaben mit guter Schulbildung zu vermitteln.
Gewerkschaftsbund der Angestellten G. D. A., Karlsruhe, Karlstr. 6/III
Stellenvermittlung u. Berufsberatung.

Klavierstimmen Reparaturen
übernimmt
Piano-Fabrik
Chr. Stöhr
Karlsruhe i. B.
RITTERSTR. 30

Kirchenchören
empfehlen wir für die
hl. Fastenzeit, Karwoche und Ostern:

Berner Otto A.
Klagelieder bei den Abendandachten in der Karwoche. Zum praktischen Gebrauch für die Solisten —.50. Ferner: Choreinlage zu den Klageliedern für 4stimmigen gemischten Chor und für 2stimmigen Frauen- oder Knabenchor M. —.15, sowie die Orgel- oder Harmoniumbegleitung dazu —.75.

Frey Karl
Bußpsalm Miserere
(„Erbarme meiner Dich, o Gott")
Psalm 50 für Volksgesang mit 4-stimm. Choreinlage für gemischten Männer- oder Frauenchor. Partitur —.25, Volksstimme —.03 (Partiepreise).

Missionslied
„O reite Deine Seele"
Partitur —.25, Volksstimme —.02 (Partiepreise).

Waßmer Berthold
„O Haupt voll Blut und Wunden", 4-stimmig,
Partitur zugleich Stimme M. —.20.

Waßmer Berthold
„Das Grab ist zu", 4-stimmig
Partitur zugleich Stimme M. —.20.

Waßmer Berthold
Karfreitagslied „In tiefer ehrfurchtsvoller Stille" (Passionslied) 4-stimmig Partitur zugleich Stimme M. —.20.

Waßmer B. — Hugle Theod.
Auferstehungschor
„Der Heiland ist erstanden" für gemischten Chor Partiturstimme —.20.

Waßmer Berthold
Op. 45, **Osterlied** für gemischten Chor Partitur 1.—, Singstimme —.20.

Ziegler Theodor
Kath. Kirchenlieder nebst Responsorien zum Gebrauch beim Gottesdienst, für gemischten Chor bezw. 3- und 2-stimmigen Kinder- oder Frauenchor (enthält u. a. Fasten- und Karfreitagslieder) —.60 (Partiepreise). Orgel- bezw. Harmoniumbegleitung dazu M. 1.50.

Außerdem empfehlen wir unser
reichhaltiges Musikalien-Lager
fremden Verlags.
Auswahlsendung von Partituren steht auf kurze Zeit gerne zur Verfügung.

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**

Diamant
Adler-Gritzner-Presto-Fahrräder
Nähmaschinen
Ersatzteile 2752
Reparatur-Werkstatt
Teilzahlung gestattet.
X. Hottner
Karlsruhe-Mühlburg
Hardtstr. 27, Ecke Rheinstr.
1886 Telefon 1886

Linoleum
liefern und verlegen zu den billigsten Preisen
Aeltestes Geschäft am Platze.
ARETZ & CO.
Telefon 219 KARLSRUHE Kaiserstr. 251

Darmstädter Hof
Karlsruhe — Erbaut 1752
das bekannt gute u. bürgerliche
Speise-Restaurant
Gemütliche Wein- und Bierstuben
Badische Qualitätsweine 10430